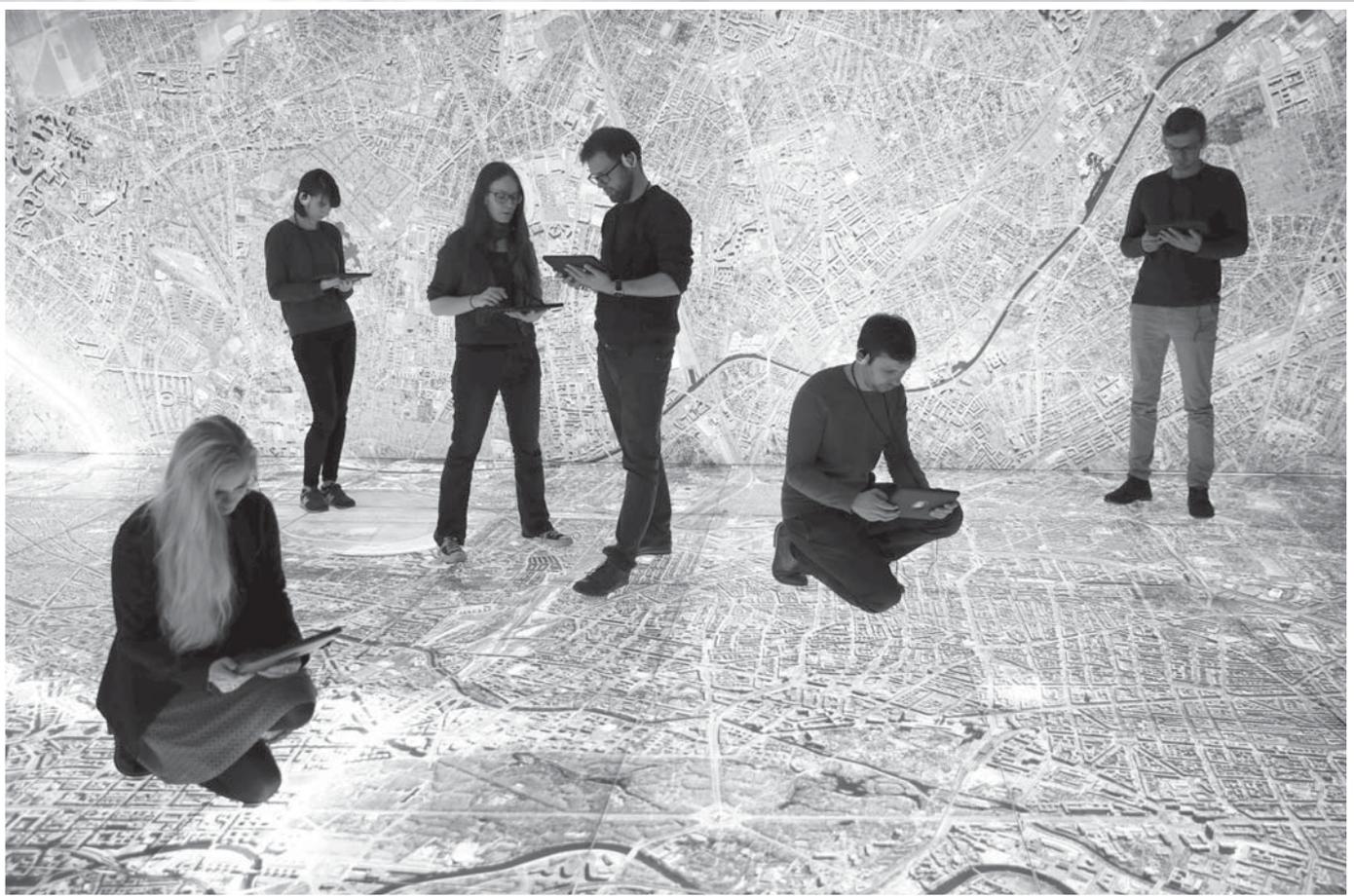


# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 7/2019



**Recht: Einzelfall bleibt entscheidend**

**Der Baltische Weg**

**IGFM-Sternfahrt 1981**

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

## Inhalt

### Aktuell

- 3 Rückführung Ende 2020 abgeschlossen  
Fahrtkostenerstattung  
Zügiger Ausbau gefordert  
Weiter ungeklärt  
Veranstaltung Edeltraut Eckert

### Recht

- 4 Einzelfall bleibt entscheidend

### International

- 5 Der Baltische Weg vor 30 Jahren  
Chinesische Altersprobleme

### Thema

- 6 Sie haben gekämpft, als andere schwiegen

### Aufarbeitung

- 8 Aufklärer der SED-Diktatur  
Bürgerberatung  
9 „Was verstehen Sie unter ‚Diktatur des Proletariats‘?“  
Glossiert

### Ausstellung

- 10 Stasi in Berlin

### Berichte

- 11 Forum politisch verfolgter Frauen  
erinnert – Hautnah – erzählt

### Verbände

- 13 Suchanzeigen  
Leserbrief  
14 Abschied  
15 Spendenaufruf

### Service/Bücher

- 17 Eine DDR-„Karriere“ oder das Begreifen der Angst...  
Buchtip  
18 Theater: Ende einer Dorfidyll

### Service/Veranstaltungen

- 17–19

### Umschlagbild

Besucher der Ausstellung „Stasi in Berlin“ in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen erkunden das Luftbild Berlins (siehe auch S. 10).

Foto: Gedenkstätte  
Berlin-Hohenschönhausen/  
Christine von Bose

## Editorial

# Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ hat ihren Zwischenbericht an die Bundesregierung gegeben. Wir, die SED-Opferverbände, haben zu Recht kritisiert, daß von den berufenen Persönlichkeiten, die alle ihre Verdienste haben, kein einziges Mitglied aus dem Bereich der Opfer berufen wurde. Das ist schade, denn das wissen wir aus allen Diktaturen und von den Menschen, die unter den Diktaturen leiden mußten, daß diese in besonderer Weise in der Lage sind, nicht nur Aufarbeitung zu leisten, sondern auch Wege aufzuzeigen, wie eine Gesellschaft von Opfern und Tätern trotzdem zu einem gemeinsamen kultivierten Zusammenleben kommen kann.

Nun sind die Dinge so wie sie sind, aus der Kommission verlautet, daß unsere Anliegen bei den Veranstaltungen angemessen berücksichtigt werden sollen. Auch wird die Kommission empfehlen, einen von uns beantragten Kongreß in Eigenregie durchzuführen, nämlich zu dem Thema: „Welche Rolle die Abstimmung mit den Füßen – also Flucht und Ausreise – für die Destabilisierung des kommunistischen Regimes hatte und welchen Anteil auch damit die Geflüchteten und Inhaftierten und dann später Ausgereisten am Untergang des Kommunismus haben.“

Auf jeden Fall werden wir, die UOKG, alles tun, um bei den Feierlichkeiten Einfluß zu nehmen, damit unsere Geschichten in der Feierlaune nicht untergehen. Ich glaube, daß sich kaum jemand mehr über die deutsche Einheit freut, als die ehemaligen Opfer der SED. Dennoch haben wir immer wieder Probleme, Verständnis für unsere besonderen Anliegen und Ansprüche zu finden.

Dies ist natürlich nicht nur die mangelnde Bereitschaft bei vielen Politikern; wir wissen auch, daß in der Gesellschaft insgesamt unsere Themen und Erfahrungen nicht im Vordergrund stehen. Um so wichtiger ist es, daß wir uns gemeinsam immer wieder zu Wort melden. Der Respekt vor den Biographien der „Ostdeutschen“ sollte nicht nur den Bürgern gelten, die aufgrund der Wende ihren Arbeitsplatz verloren haben und ähnliches mehr, sondern auch unsere Biographien sollten angemessen gewürdigt werden.

Dennoch sind wir dankbar und freuen uns über den Untergang des kommunistischen Regimes und leisten gemeinsam etwas dafür, daß wir trotz unterschiedlicher Auffassungen als deutsches Volk nicht auseinanderlaufen, sondern zusammenstehen.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Dieter Dombrowski

## Rückführung Ende 2020 abgeschlossen

(otz)Die ostdeutschen Länder und Berlin haben bis 2018 insgesamt knapp 380 Millionen Euro aus zusätzlich frei gewordenen Vermögenswerten von Parteien und Massenorganisationen der DDR erhalten. Das ergab eine Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion.

Die mit dem Aufspüren versteckten Parteivermögens beauftragte Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen hatte demzufolge bis zum Ende ihrer Arbeit 2006 Werte im Umfang von 1,6 Milliarden Euro aufgedeckt und sicherstellen lassen. 2017 betrug der Wert des festgestellten Parteivermögens laut

Bundesregierung dann 1,98 Milliarden Euro. Die zusätzlichen Gelder stammten vor allem aus Rechtsstreitigkeiten.

Das Bundesfinanzministerium teilte in der Antwort mit, daß davon auszugehen

sei, daß der einzige noch offene Rechtsstreit zur Rückführung von Vermögenswerten aus Parteien und Organisationen der DDR bis Ende 2020 abgeschlossen sein wird. Dabei handelt es sich um die gerichtliche Auseinandersetzung mit dem Schweizer Bankhaus Julius Bär um ca. 88 Millionen Euro, die 1990 von Mitgliedern der SED ins Ausland geschafft worden sein sollen. 

## Zügiger Ausbau gefordert

Zum Jahrestag des Mauerbaus am 13. August 1961 erinnerte der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tom Sello, an die Bedeutung des Präsidiums der Volkspolizei in der Keibelstraße als „Zentrale des Mauerbaus“. Zugleich forderte er den Ausbau der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt innerhalb des Gebäudekomplexes zum Gedenk- und Erinnerungsort.

Im August 1961 hatte Erich Honecker auf Befehl Walter Ulbrichts die Planung und Umsetzung des Mauerbaus geleitet. Die

Einsatzzentrale seines achtköpfigen Stabs befand sich im Präsidium der Volkspolizei nahe dem Alexanderplatz. Vom zweiten Stock des Gebäudes aus koordinierte er die Sicherungs- und Propagandamaßnahmen des Mauerbaus. Zum Einsatzstab gehörte der Polizeipräsident von Ost-Berlin, Fritz Eikemeier.

„Bislang ist wenig bekannt über die komplexe Verstrickung der Volkspolizei in das Herrschaftssystem der SED-Diktatur“, sagte der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte. 

## Fahrtkosten-erstattung

(ssg)Das Sächsische Kultusministerium fördert ab dem Schuljahr 2019/2020 Klassenfahrten zu Gedenkstätten im Freistaat Sachsen. Die bei der Brücke|Most-Stiftung eingerichtete Landesservicestelle „Lernorte des Erinnerns und Gedenkens“ bietet mit Beginn des neuen Schuljahres 2019/20 Unterstützung beim Besuch eines außerschulischen sächsischen Lernortes an. So können Kosten für Klassenfahrten in die Gedenkstätten der Stiftung Sächsische Gedenkstätten wie auch in Gedenkstätten in eigener Trägerschaft erstattet werden.

Haben Sie Interesse an einer finanziellen Förderung Ihrer innersächsischen Lernortfahrt, so können Sie diese bei der Landesservicestelle beantragen. Die Landesservicestelle unterstützt Sie dabei von der Finanzierung über die Organisation der Reise bis hin zur Programmgestaltung.

Die Landesservicestelle „Lernorte des Erinnerns und Gedenkens“ unterstützt Ihre angemeldete Lernortfahrt mit maximal 500 EUR für Programm- und Fahrtkosten. Alle weiteren Abläufe zu diesem Kosten-erstattungsverfahren finden Sie unter <http://lernorte.eu/sachsen>.

Kontakt: Landesservicestelle „Lernorte des Erinnerns und Gedenkens“, c/o Brücke|Most-Stiftung, Reinhold-Becker-Straße 5, 01277 Dresden, [info@lernorte.eu](mailto:info@lernorte.eu) | Tel. (03 51) 433 14 22 45

## Weiter ungeklärt

(dpa/th) 38 Jahre nach dem Tod des DDR-Oppositionellen Matthias Domaschk in Stasi-Haft können die Umstände immer noch nicht geklärt werden. Zwar gebe es konkrete Indizien, daß der damals in den Dokumenten des MfS geschilderte Ablauf und der von der Stasi behauptete Selbstmord so nicht stattgefunden haben, teilte eine Arbeitsgruppe der Thüringer Staatskanzlei mit. Doch eindeutige Zeugenaussagen über die konkreten Vorgänge in diesem Zeitraum fehlten. „Der letzte Beweis ist uns nicht gelungen“, sagte Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke).

Domaschk war am 12. April 1981 im Alter von 23 Jahren in Gera gestorben, nachdem ihn die DDR-Staatsicherheit festgenommen und stundenlang verhört hatte. Er war in der oppositionellen Gruppe der Jungen Gemeinde in Jena aktiv. Er hatte gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns protestiert und Kontakt zur Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“ in Prag.

Anfang der 1990er Jahre waren Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen mangelnder Beweise eingestellt worden. Im März 2015 hatte Ramelow auf die Bitte der einstigen Lebensgefährtin von Domaschk, Renate Ellmenreich, die neue Arbeitsgruppe eingerichtet. 

## Edeltraud Eckert

### Dichterin und politische Gefangene. Wege der Begegnung

Vortrag und Filmvorführung mit anschließender Diskussion

**9. Oktober 2019, 18.30 Uhr**

18.30 Uhr: Begrüßung durch Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender

18.45 Uhr: Vortrag über Leben und Werk Edeltraud Eckerts, Prof. Ines Geipel, Germanistin, Publizistin

19.15 Uhr: Dokumentarfilm über Edeltraud Eckert „F – wie Freiheit“ (2009)

20.30 Uhr: Gespräch u. a. mit Roland Zumbühl, Regisseur des Dokumentarfilms „F – wie Freiheit“, Prof. Ines Geipel, Moderation: Uta Gerlant

**Ort:** Stasi-Zentrale, Campus für Demokratie, Haus 7, Raum 427, Ruschestr. 103, 10365 Berlin

Eine Veranstaltung der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. in Kooperation mit der BStU, gefördert durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

## Einzelfall bleibt entscheidend

### Gesundheitlicher Schaden durch Flucht kann rehabilitiert werden

In einer Winternacht 1988 gelingt zwei Brüdern aus der DDR unter hochdramatischen Umständen die Flucht über die Grenze nach West-Berlin. Die Erlebnisse im Grenzgebiet waren für einen der Brüder traumatisierend. Die zur Verhinderung eines Grenzübertretts an der früheren Grenze der DDR ausgelösten Grenzsicherungsmaßnahmen waren rechtsstaatswidrig. Eine infolge dieser Maßnahmen erlittene gesundheitliche Schädigung kann verwaltungsrechtlich rehabilitiert werden. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig am 24. Juli 2019 entschieden (Urt. v. 24.07.2019, Az. 8 C 1.19). Vertreten wurde der Betroffene von dem Fachanwalt für Sozialrecht Thomas Lerche aus Berlin.

Über diesen Fall ist in den Medien vielfach berichtet worden, und es gab zahlreiche Nachfragen in der juristischen Beratungsstelle der UOKG. Zum Teil haben

Nach § 1 Absatz 1 VwRehaG ist die hoheitliche Maßnahme einer deutschen behördlichen Stelle zur Regelung eines Einzelfalles im Beitrittsgebiet aus der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990, die zu einer gesundheitlichen Schädigung [...] geführt hat, auf Antrag aufzuheben, soweit die Maßnahme mit tragenden Grundsätzen eines Rechtsstaates schlechthin unvereinbar ist und ihre Folgen noch unmittelbar schwer und unzumutbar fortwirken.

Zunächst muß also eine hoheitliche Maßnahme vorliegen. Darunter wird staatliches Handeln (Verwaltungshandeln) verstanden, das in einem Über-/Unterordnungsverhältnis ergeht (in Abgrenzung zum Privatrecht). Die Grenzsicherungsmaßnahmen wurden von staatlicher Seite veranlaßt, um den DDR-Bürgern damit zu diktieren, daß sie das Land nicht verlassen dürfen, weil sie andernfalls eine Gefahr für Leib und Leben eingehen. Eine hoheitliche Maßnahme war also gegeben. Diese Maßnahme müßte zur Regelung des Einzelfalles ergangen sein.

Eine Regelung ist hier nicht erkennbar, vielmehr liegt schlichtes Verwaltungshandeln vor. Aber in diesem Fall greift § 1 Abs. 5 VwRehaG. Danach gelten für eine hoheitliche Maßnahme, die nicht auf die Herbeiführung einer Rechtsfolge gerichtet ist, die Vorschriften dieses Gesetzes entsprechend. An die Stelle der Aufhebung der Maßnahme tritt die Feststellung ihrer Rechtsstaatswidrigkeit. Daher hat das BVerwG die Grenzsicherungsmaßnahmen für rechtsstaatswidrig erklärt. Knackpunkt der Entscheidung des BVerwG war das Vorliegen eines Einzelfalles. Das Urteil war zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses zwar noch nicht veröffentlicht, daß das Einzelfallkriterium jedoch entscheidend war, geht eindeutig aus der Presseerklärung Nr. 56/2019 des BVerwG vom 24.07.2019 hervor. Ein „Einzelfall“ im Sinne des VwRehaG ähnelt stark dem gleichlautenden Tatbestandsmerkmal eines Verwaltungsakts im bundesdeutschen Recht. Danach ist eine konkret-individuelle Regelung (bzw. Maßnahme) Voraussetzung in Abgrenzung zu einem Gesetz (abstrakt-generell).

Konkret-individuelle Regelungen betreffen einen nach „Ort, Zeit und sonstigen Umständen bestimmten Sachverhalt“ (konkret) und richten sich an

eine bestimmte Person (individuell). Die Behörde vertrat die Ansicht, die Grenzsicherungsmaßnahmen richteten sich nicht konkret-individuell gegen den Kläger, sondern gegen die Gesamtbevölkerung der DDR und waren somit abstrakt-generell. Dieser Rechtsauffassung hatte sich die Vorinstanz (VG Potsdam, Az. VG 11 K211/16) angeschlossen. Das BVerwG sah das jedoch anders. Wie das im näheren begründet wurde, kann bis dato nur vermutet werden, weil das Urteil noch nicht vorliegt. Entscheidend wird aus hiesiger Sicht gewesen sein, daß durch den Flüchtenden Minen und Signalaraketen ausgelöst wurden, er sich im Stacheldraht verfangen und von einer Patrouille mit Maschinengewehren bedroht wurde und somit die Grenzsicherungsmaßnahmen gewissermaßen auf ihn individuell und konkret zugeschnitten waren.

Die Maßnahme führte zu einer gesundheitlichen Schädigung: Der Kläger gab an, aufgrund der Erlebnisse an der Grenze unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) zu leiden. Sie müßte ferner mit tragenden Grundsätzen eines Rechtsstaates schlechthin unvereinbar gewesen sein. Dazu das BVerwG in einer Mitteilung: „Sie waren rechtsstaatswidrig, weil sie in schwerwiegender Weise gegen die Prinzipien der Gerechtigkeit und der Verhältnismäßigkeit verstießen und Willkürakte im Einzelfall darstellten.“ Die Folgen der Maßnahme müßten noch unmittelbar schwer und unzumutbar fortwirken. Auch dies ist der Fall, da der Kläger angab, (heute) unter einer PTBS zu leiden. Der Kläger muß nicht beweisen, daß er Gesundheitsschäden erlitten hat, sondern dies nur schlüssig darlegen (vgl., BVerwG 3 C 1.03). Die Behörde habe nur zu prüfen, ob die gesundheitliche Beeinträchtigung als unmittelbare Folge der rechtsstaatswidrigen Maßnahme in Betracht komme, ob sie also nach der allgemeinen Lebenserfahrung als typische Folge erscheine. Sie habe hingegen nicht zu prüfen, ob die behaupteten und belegten Beeinträchtigungen tatsächlich vorliegen und ob sie durch die rechtsstaatswidrige Verwaltungsmaßnahme (mit-)verursacht wurde, da es ihr an Fachkompetenz fehle. Die nähere Prüfung – ggf. einschließlich Beweisaufnahme – obliege insofern allein der Behörde, die über die Folgeansprüche entscheide.



Haupteingang des Bundesverwaltungsgerichts im Reichsgerichtsgebäude in Leipzig.

die Medien die juristische Bedeutung der Entscheidung unzutreffend eingeordnet und unsauber recherchiert. Aus diesem Grunde kamen einige Betroffene von DDR-Unrecht zu der Auffassung, auch sie könnten nun verwaltungsrechtlich rehabilitiert werden. Dies hat sich in nicht wenigen Fällen leider als Irrtum herausgestellt, weil ein ganz anderer Sachverhalt zugrunde lag.

Daher sollen im folgenden anhand der vielbeachteten und wegweisenden Entscheidung des BVerwG die Voraussetzungen einer verwaltungsrechtlichen Rehabilitation hinsichtlich einer gesundheitlichen Schädigung skizziert werden.

## Der Baltische Weg vor 30 Jahren

(rp) Eine mehrere hundert Kilometer lange Menschenkette brachte zwei Millionen Menschen zum größten Protest der Sowjetunion zusammen. Der „Baltische Weg“ spielte eine wichtige Rolle bei der Auflösung der UdSSR.

Am 23. August 1989 schlossen sich mehrere Millionen Einwohner der sowjetischen Baltikumrepubliken Lettland, Estland und Litauen zum größten friedlichen Protest aller Zeiten in der UdSSR zusammen. Sie bildeten eine Menschenkette, die die drei baltischen Hauptstädte Riga, Tallinn und Vilnius miteinander verband. Sie erstreckte sich über 600 Kilometer und ist als längste Menschenkette der Geschichte in das Guinness-Buch der Rekorde eingegangen.

Der Protest wurde durch die Offenlegung neuer Details zum Molotow-Ribbentrop-Pakt von 1939 ausgelöst, einem tragischen Thema für ganz Osteuropa.

Fast ein halbes Jahrhundert lang hatte die Sowjetunion bis dahin die Existenz der geheimen Zusatzprotokolle gelehrt, die die Teilung Polens und die Annexion der baltischen Staaten vorsahen. Mit der Perestroika fiel aber das Tabu zur Erforschung und Diskussion dieser Themen. Am 18. August 1989 gab die UdSSR die Existenz eines geheimen Protokolls zum Sowjetisch-Deutschen Nichtangriffspakt zu.

Sowjetische Funktionäre behaupteten, der Pakt habe keine Auswirkungen auf die drei baltischen Staaten gehabt, die später der Sowjetunion beitraten. In diesen Republiken hatte jedoch bereits eine Kettenreaktion begonnen. Am 22. August beschuldigte der Oberste Sowjet der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik die UdSSR einer gewaltsamen

Besetzung der baltischen Staaten. Am folgenden Tag, dem 50. Jahrestag des Molotow-Ribbentrop-Pakts, schlossen sich Millionen der Protestkundgebung an, die als der „Baltische Weg“ bekannt wurde.

Die Teilnehmer waren davon überzeugt, daß seit der gewaltsamen Aufnahme der baltischen Staaten in die Sowjetunion im Jahr 1940 die aktuelle sowjetische Regierung, ihre Gesetze und ihre Verfassung auf dem Territorium der baltischen Staaten rechtswidrig waren. Lettland, Litauen und Estland sollten automatisch ihre Souveränität innerhalb der Grenzen vor 1940 wiederherstellen können.

In großer Eile, nur ein paar Tage vor der Demonstration, planten die Veranstalter die Route und die ungefähre Anzahl der Teilnehmer. Das größte Problem war der Transport: Sie brauchten viele Busse, um die Protestierenden in entlegene und dünn besiedelte Gebiete der Menschenkette zu bringen – und dann auch wieder nach Hause.

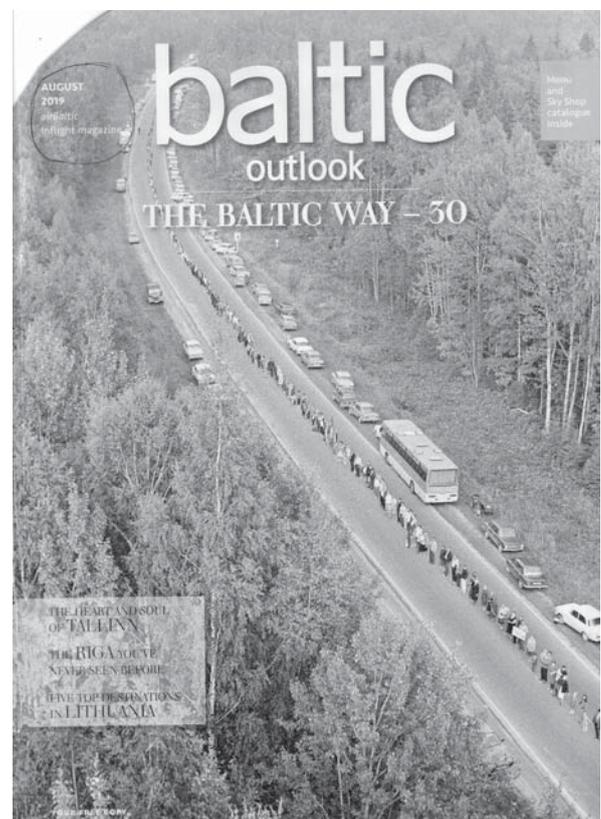
Die Menschen brachten Blumen und Trauerbänder, um der Opfer der sowjetischen Repression zu gedenken. Sie hängten die Vorkriegsflaggen der baltischen Staaten auf, zogen ihre Volkstrachten an und sangen ihre Volkslieder.

Der „Baltische Weg“ brachte ca. zwei Millionen Menschen zusammen, etwa ein Viertel der Bevölkerung der baltischen Republiken.

Der Kreml stimmte dem Protest nicht zu und bezeichnete ihn als Manifestation des Nationalismus. Aber sie stoppten ihn nicht. Die Veranstaltung wurde in lokalen Medien ausführlich behandelt, die Teil-

nehmer erhielten eine Freistellung von der Arbeit. Öffentliche Busse wichen von ihren regulären Linien ab, um die Demonstranten zu transportieren. Die Polizei griff nicht ein und versuchte sogar, den Verkehr zu kontrollieren und für Recht und Ordnung zu sorgen. Nichtsdestotrotz waren die Straßen mit Tausenden von Autos blockiert, weil sich die Menschen der menschlichen Kette anschließen wollten.

Der „Baltische Weg“ gipfelte um sieben Uhr abends, als sich Menschen entlang der Menschenkette für 15 Minuten an den Händen hielten. Diejenigen, die es nicht zur Hauptkette schafften, bildeten Hunderte von kleinen Solidaritätsketten.



Die staatliche Fluggesellschaft Lettlands, airBaltic, hat in der August-Ausgabe ihres Magazins für jeden Fluggast auf der ersten Seite ein Luftbild vom Baltischen Weg veröffentlicht.

## Chinesische Altersprobleme

Während der letzten sieben Jahre schrumpfte in der Volksrepublik die arbeitsfähige Bevölkerung zusehends; allein 2017 ging sie um über fünf Millionen Personen auf jetzt rund 900 Millionen bzw. auf über 60 Prozent der Gesamtbevölkerung zurück. Chinas Wissenschaftler glauben, in den bevorstehenden drei Jahren wird der Anteil der erwerbsfähigen Männer und Frauen um weitere 18 Millionen abnehmen. Dies ist eine Folge der 35 Jahre andauernden Ein-Kind-Politik

Pekings, die letztlich zur Vergrößerung seiner Bevölkerung beitrug. Die erst 2015 erfolgte Lockerung der Anweisung kam viel zu spät.

Gleichzeitig wächst die Zahl der Rentner „doppelt so schnell wie im Weltdurchschnitt“, wie es im neuen Jahresbericht der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften heißt. In weiterer Konsequenz wird dies das Wirtschaftswachstum des Landes schwächen, gleichzeitig Chi-

nas Renten- und damit Finanzprobleme verschlimmern.

Ende 2017 lebten 241 Millionen Rentner in der Volksrepublik, das waren an der Gesamtbevölkerung ca. 17,3 Prozent. In knapp sechs Jahren dürfte es mit 300 Millionen jeder Fünfte sein. Für spätestens 2050 erwarten die Demoskopien Pekings, daß unter der dann 1,46-Milliarden-Bevölkerung Chinas jeder Dritte über 60 Jahre alt sein wird – die größte Armee von Rentnern in der Welt.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

## Sie haben gekämpft, als andere schwiegen

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte und die Berliner Mauer

Wir schreiben das Jahr 1981. Es ist das 20. Jahr für das eingemauerte Berlin. Die

meine Verwandten. Inzwischen ist mein Vater gestorben, den ich nicht beerdigen durfte. Damit abfinden kann ich mich nicht.“ (<http://www.chronik-der-mauer.de/> 13. August 1981; aufgerufen 19.8.2019)

gegründet, politisch Verfolgten im kommunistischen Herrschaftsbereich zu helfen und das millionenfache systematische Unrecht öffentlich zu machen, wollte sich mit dieser Verharmlosung nicht abfinden und rief in ganz Deutschland zu einer Sternfahrt nach Berlin unter dem Motto „1961 – 1981. 20 Jahre Verletzung der Menschenrechte“ auf. Es kam zu einer beeindruckenden Sternfahrt nach Berlin, über die Dieter Dombrowski als Mitveranstalter und Zeitzeuge berichtet:



Schwarze Kreuze mit den Namen von Mauertoten an der Spitze des Zuges.

Stadt ohne Umland ist auf eine seltsame Weise mit sich selbst beschäftigt. Auch der Blick von außen richtet sich auf Themen, die angesichts des Kalten Krieges als Belanglosigkeiten erscheinen. So moniert Der Spiegel im Februar, daß zu viele noble Geschäfte am Ku'Damm durch „Porno-Läden, Schnell-Imbisse und Warenhäuser“ ersetzt würden (Der Spiegel vom 13.2.1981).

Im übrigen waren die Berliner mit ihren internen Konflikten beschäftigt. Im April 1981 starb der RAF-Terrorist Sigurd Debus an den Folgen seines Hungerstreiks und löste damit gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Polizei und der West-Berliner Hausbesetzerszene aus, die zum großen Teil auf der ehemaligen Flaniermeile ausgetragen wurden (Der Spiegel vom 20.4.1981).

Im gleichen Jahr kamen mindestens vier Menschen an der Berliner Mauer ums Leben, einer erkrankte, zwei wurden erschossen, einer, Thomas Taubmann, verunglückte bei einem Fluchtversuch. Er war das 121. Opfer. (Zum damaligen Zeitpunkt kursierten Listen mit unterschiedlichen Opferzahlen, die bis heute nicht vollständig abgeglichen sind. C.S.) Ein Berliner charakterisierte in einer Umfrage des RIAS am 13. August 1981 den abstrusen Zustand, in dem Berlin nunmehr seit 20 Jahren verharrte, mit folgenden Worten: Man sollte sich doch einfach einmal vorstellen, New York, Paris oder London würde über Nacht geteilt. Als Beispiel fügte ein zweiter an: „Ein paar Schritte weiter wohnen

Schatten“. Der Autor, Volker Skierka, konnte aber auch „an einem Winterabend ... jene gewachsene Mauerromantik“ beobachten – mit „Idyllen der Ruhe, Abgeschiedenheit, Verträumtheit, die es ohne Mauer kaum gäbe“. Das Fazit des Autors: „Die Wunden der Trennung von Freunden und Bekannten sind vernarbt, verheilt. ... Die Berliner haben gelernt, mit der Mauer zu leben.“

Sicher hatten die Berliner gelernt, mit der Mauer zu leben. Es blieb ihnen ja auch nichts anderes übrig. Daß nichts, aber auch gar nichts vernarbt oder gar verheilt war, kann man heute durch die Zeitzeugenberichte nachempfinden. Das war damals auch schon so.

Die Internationale Gesellschaft für Frieden und Menschenrechte, 1972 mit dem Ziel

„Im Sommer 1980 erschien in unserer Wohnung in der Rosenheimer Straße 7 in Berlin-Schöneberg Erhard Göhl, Bundesvorstandsmitglied der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, der meine Frau und auch ich angehörten (und auch heute noch angehören), um uns vorzuschlagen, anlässlich des 20. Jahrestages des Mauerbaus in Berlin eine Sternfahrt von Jugendlichen aus dem ganzen Bundesgebiet durchzuführen. Die Idee war überzeugend, wenngleich der Weg dahin weit war. Die Junge Union Berlin war damals linksliberal ausgerichtet, und der Bundesvorstand der Jungen Union als potentieller Unterstützer war hin und her gerissen.

So war es an uns, Petra und Dieter Dombrowski sowie der Berliner Arbeitsgruppe der IGFM zusammen mit Teilen der Jungen Union, diese Sternfahrt vorzubereiten und zu organisieren, was im Grunde genommen kein großes Problem war. Im August 1981 fand diese Sternfahrt an einem Wochenende (Der 13. August 1981 war ein Donnerstag.) mit einer Beteiligung von drei- bis viertausend Ju-



4000 Menschen protestieren 1981 in Berlin gegen die Mauer.

gendlichen aus dem Bundesgebiet statt, die mit Bussen aus allen Teilen des Landes anreisten.

Wir hatten dazu im Internationalen Kongreßzentrum drei Messehallen gemietet, zwei zur Übernachtung und eine für Musikveranstaltungen. Darüber hinaus hatten wir mehrere Sporthallen von Bezirksämtern bereitgestellt bekommen, so daß wir alle Teilnehmer unterbringen konnten. Die Versorgung erfolgte in der Lietzenburger Straße 46 in Berlin-Charlottenburg, wo wir auf dem Hof der CDU-Landesgeschäftsstelle durch das

man halt leben lernen müßte. Dem setzte die IGFM den Wahlspruch entgegen: „Das Unrecht scheut das Licht der Öffentlichkeit und fühlt sich durch eine offene Sprache bloßgestellt.“ (Chronik der DDR-Arbeit der IGFM von 1972 bis 1989. <http://www.ishr.org/fileadmin/igfm.de/pdf/Publikationen/Dokumentationen/IGFM-Chronik-DDR-Arbeit-1972-1989.pdf>; aufgerufen 14.8.2019)

Zu den erfolgreich eingesetzten Mitteln gehörte der Hungerstreik. Eine dieser öffentlichkeitswirksamen fünftägigen Aktionen führte dazu, daß die SED-Führung

gleitete die IGFM durch eigens dafür konzipierte Aktionen. Wäre Honecker 1984 ins Saarland gereist, hätte er von seinem Geburtshaus aus auf Plakate blicken müssen, die sein Unrechtsregime bloßstellten. 1987 richtete die IGFM eine Petitionsstelle ein, die Briefe an Honecker z.B. mit Forderungen nach Freilassung politischer Gefangener entgegennahm. Jenseits der Öffentlichkeit betreute die IGFM zwischen 1982 und 1989 fast 3000 politische Gefangene der SED und mehr als 15000 Ausreisewillige. (Chronik der DDR-Arbeit der IGFM von 1972 bis 1989. <http://www.ishr.org/fileadmin/igfm.de/pdf/Publikationen/Dokumentationen/IGFM-Chronik-DDR-Arbeit-1972-1989.pdf>; aufgerufen 14.8.2019; Wikipedia gibt ohne Quellenangabe wesentlich niedrigere Zahlen an.)

Im Westen wurde die Arbeit der IGFM, vor allem von der Politik, nicht zur Kenntnis genommen oder als „die Entspannung störend“ abqualifiziert. Öffentliche Aktionen würden die „stille Diplomatie“ zugunsten von Einzelfällen zunichte machen.

Die Staatssicherheit freilich sah das anders. Für sie war die IGFM „Staatsfeind Nummer 1“. Das zeigt schon ein erster Blick in das Stasi-Archiv. Die IGFM war Feindobjekt u.a. der „Terrorabwehr“, der Hauptverwaltung Aufklärung. Mit ihr befaßten sich darüber hinaus sämtliche Bezirksverwaltungen und eine große Zahl von Kreisdienststellen des MfS. Vor der IGFM hatte selbst die Staatssicherheit Angst. Wir sollten dieser Menschenrechtsorganisation zum 30. Jubiläum des Mauerfalls unseren Dank aussprechen.

Christian Sachse



Stark beachtet von der Berliner Bevölkerung bewegt sich der Zug über den Kurfürstendamm.

Deutsche Rote Kreuz mit einer Gulasch-Kanone die Essensversorgung zentral organisiert hatten.

Der Marsch selbst war eine tolle Veranstaltung. Wir trugen zirka 185 schwarze Kreuze mit den Namen derjenigen Flüchtlinge vorneweg, von denen damals bekannt war, daß sie an der Mauer erschossen worden waren. Die zentrale Kundgebung fand an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am Kurfürstendamm statt. Zu den zahlreichen Teilnehmern sprachen Dr. Reinhard Gnauck, Vorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, und der Abgeordnete des Bundestages Claus Jäger sowie Siegmund Faust. Eine solche Demonstration hatte Berlin seit den Tagen des Mauerbaus nicht mehr erlebt.“ (Dieter Dombrowski im Zeitzeugengespräch am 15.8.2019)

Der Protest gegen die Berliner Mauer blieb nicht die einzige Aktion der IGFM. Von 1972 bis 1989 stellte sich die Organisation immer wieder gegen eine barbarische Wirklichkeit, die in der Öffentlichkeit immer öfter als „Normalität“ hingestellt wurde, mit deren negativen Seiten

1976 die Freilassung von politischen Gefangenen – unter ihnen Siegmund Faust – anordnen mußte. Im Jahr 1977 folgte eine Dokumentation über Zwangsadoptionen in der DDR. Die IGFM setzte sich für Verweigerer von Wehrdienst und vormilitärischer Ausbildung ein. Sie machte die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung von Verweigerern öffentlich. Auf der 2. KSZE-Folgekonferenz in Madrid forderte sie die Demontage der 50000 Todesautomaten an der innerdeutschen Grenze. Dokumentiert wurden Menschenrechtsverletzungen in der DDR, die Verfolgung der Ausreisebewegung und die Bedingungen politischer Haft in den Strafanstalten der DDR.

Den 1984 geplanten und dann 1987 realisierten Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik be-



Zentrale Kundgebung vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche mit den Rednern Claus Jäger MdB (4.v.l.), Siegmund Faust (5.v.l.) und Dr. Reinhard Gnauck (6.v.l.).

## Aufklärer der SED-Diktatur

Karl Wilhelm Fricke zum 90. Geburtstag

Am 3. September vollendete in Köln-Dransdorf der DDR-Forscher Karl Wilhelm Fricke sein 90. Lebensjahr. Blickt man aus heutiger Sicht auf diesen ungewöhnlichen Lebenslauf, dann staunt man, mit welcher Zielstrebigkeit und Unbestechlichkeit er sich nach vierjähriger DDR-Haft zu einem der führenden DDR-Forscher entwickelt hat.



Karl Wilhelm Fricke in seinem Arbeitszimmer, 2011.

Geboren wurde er 1929 in Hoym, einer im Harzvorland gelegenen Kleinstadt. Als sechzehnjähriger Schüler mußte er miterleben, wie sein Vater Karl Oskar Fricke im Juni 1946 vom sowjetrussischen Geheimdienst NKWD verhaftet und 1950 in den Waldheimer Prozessen zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Er starb 1952 im Zuchthaus Waldheim/Sachsen an den Folgen einer Grippe- und Ruhr-Epidemie.

Karl Wilhelm Fricke wurde von dem, was seinem Vater widerfahren war, für sein ganzes weiteres Leben bis zur Berufswahl geprägt. Er verweigerte den vom Staat geforderten Eintritt in die Freie Deutsche Jugend und wurde deshalb nach dem Abitur nicht zum Studium zugelassen. Am 22. Februar 1949 wurde er wegen einer SED-kritischen Bemerkung verhaftet, konnte aber, wegen einer Unachtsamkeit der Volkspolizei, während des Verhörs fliehen und über die innerdeutsche Grenze entkommen.

Er studierte dann bis 1953 an der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven, von dort ging er nach West-Berlin, um sein Studium an der Freien Universität fortzusetzen. Neben dem Studium schrieb er für Presse und Rundfunk Beiträge über die undemokratischen Zustände im SED-Staat, vornehmlich über die Verfolgung Oppositioneller.

Damit war er für das 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheit zu einem gefährlichen Gegner geworden, der ausgeschaltet werden mußte. Am 1. April 1955 wurde er in Berlin-Schöneberg in der Wohnung eines Stasi-Agenten betäubt und nach Ostberlin entführt. Der Haftbefehl war von Erich Mielke, damals noch stellvertretender Minister für Staatssicherheit, unterschrieben.

Danach folgten 467 Tage ununterbrochener Verhöre im Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen. Karl Wilhelm Fricke, der aus West-Berlin verschleppte Student, verbrachte diese 15 Monate in Dunkelhaft im Keller des Gefängnisses, das von den Gefangenen „U-Boot“ genannt wurde. Schließlich wurde er am 11. Juni 1956 vom Obersten Gericht der DDR in einem Geheimprouz zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, die er zunächst in Brandenburg-Görden, später in der Sonderhaftanstalt Bautzen II verbrachte.

Hier, in der sächsischen Stadt Bautzen/Oberlausitz, gab es zwei Zuchthäuser, das eine, im Volksmund „Das gelbe Elend“ genannt, für gewöhnliche Gefangene wie den jungen Walter Kempowski (1929-2007), der später ein berühmter Schriftsteller werden sollte, und die MfS-Sonderhaftanstalt Bautzen II, wo prominente Häftlinge einsaßen wie der DDR-Außenminister 1949/53 Georg Dertinger (1902-1968), der Widerstandskämpfer Heinz Brandt (1909-1986), der als SED-Funktionär 1958 aus Ostberlin geflohen war und 1961 aus West-Berlin entführt wurde, der Philosophieprofessor Wolfgang Harich (1923-1995), der Verlagsleiter Walter Janka (1914-1984), der Kultur-

redakteur Gustav Just (1921–2011), der Schriftsteller Erich Loest (1926–2013) und der Dissident Rudolf Bahro (1935–1997).

Nach seiner Entlassung am 31. März 1959 ging Karl Wilhelm Fricke nach Hamburg und nahm seine unterbrochene Arbeit als Journalist wieder auf. Die vier Jahre in Bautzen motivierten ihn, weiterhin über die DDR-Opposition zu berichten. Eines seiner ersten Bücher trug den Titel „Selbstbehauptung und Widerstand in der Sowjetischen Besatzungszone“ (1964). Als er 1970 mit 41 Jahren Leiter der Ost-West-Redaktion im Kölner Deutschlandfunk wurde, war er finanziell abgesichert und veröffentlichte vor und nach dem Mauerfall 1989 ein Buch nach dem anderen.

Die wichtigsten Titel sind: „Warten auf Gerechtigkeit. Kommunistische Säuberungen und Rehabilitierungen“ (1971), „Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945-1968“ (1979), „Politischer Strafvollzug in der DDR“ (1981), „Opposition und Widerstand in der DDR“ (1984), „Die DDR-Staatssicherheit“ (1982), „MfS intern“ (1991), „Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung“ (1996).

Karl Wilhelm Fricke, der stets sachlich-zurückhaltend, obwohl immer auch emotional beteiligt, über DDR-Vorgänge berichtet hat, ist für seine Aufklärungsarbeit mehrfach ausgezeichnet worden, so 1996 mit der Ehrendoktorwürde der Freien Universität Berlin, 2001 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, 2010 mit dem Hohenschönhausen-Preis. Der einstige Fluchthelfer Burkhard Veigel stiftete 2017 den mit 20 000 Euro dotierten „Karl-Wilhelm-Fricke-Preis“, der von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vergeben wird. Erster Preisträger war der Namensgeber selbst.

Jörg Bernhard Bilke

### Bürgerberatung

(lakd) Die Mitarbeiter der Brandenburger Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur beraten an folgenden Orten zu folgenden Zeiten:

- 24.9.** 14.00–18.00 Uhr: Gransee, Saal der Amtsverwaltung, Baustr. 56
- 1.10.** 8.00–17.00 Uhr: Joachimsthal, Sitzungssaal der Stadt Joachimsthal, Joachimsthal 1-3
- 8.10.** 14.00–18.00 Uhr: Bernau, Stadtverwaltung Bernau bei Berlin, Marktplatz 2
- 22.10.** 14.00–18.00 Uhr: Strausberg, Hegermühlenstr. 58
- 29.10.** 14.00–18.00 Uhr: Premnitz, Rathaus, Raum 213, Gerhart-Hauptmann-Str. 3

## „Was verstehen Sie unter ‚Diktatur des Proletariats‘?“

Die Entmachtung des 1. Sekretärs der Bezirksleitung Rostock der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)

Die SED sah ihre Felle wegschwimmen und lud die Bevölkerung zu Dialogveranstaltungen in große Säle ein. Nahezu allen Oppositionellen war klar, daß die SED damit dem Zorn der Menschen ein Ventil geben wollte. Sie wollten die Bürger von der Straße holen, indem sich die Politprominenz und hohe staatliche Funktionäre den Bürgern stellen sollten.

Auch die Spitzel hatten sie bestellt, die den Verlauf der Diskussionen dokumentierten und in den folgenden Nachtstunden auswerteten. Doch die Leute durchschauten das Manöver. Sie kamen zu Tausenden. Die Säle waren überfüllt und den Genossen schlugen Anklagen entgegen. Selbst viele SED-Mitglieder fanden kritische Worte und erfüllten nicht mehr die ihnen zugeordnete Rolle.

Im Herbst 1989, vermutlich im Oktober, ein genaues Datum ist nicht mehr bekannt, fand ein öffentliches Dialoggespräch in der Stadthalle Rostock statt. Im Präsidium saßen Vertreter der SED, der Blockparteien CDU, NDPD, LDPD u.a.

Es befanden sich etwa 2500 Zuhörer im Saal.

**Fragesteller:** Reinhard Haase, Architekt aus Rostock

**Beantworter:** Ernst Timm, 1. Sekretär der Bezirksleitung Rostock der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)

**Haase:** „Was verstehen Sie unter ‚Diktatur des Proletariats‘?“

**Timm:** „Äh..., äh..., äh... Oh das ist eine längere Definition. Da müßte man mal nachlesen.“

**Publikum:** Spontanes Gelächter.

**Haase:** „Was verstehen Sie unter Demokratie?“

**Timm:** „Äh..., äh... Das ist ein weites Feld...“

**Publikum:** Schallendes Gelächter.

**Haase:** „Ich fordere Sie auf, jetzt für den Bezirk Rostock das Neue Forum zu bestätigen, als politischer Partner!“

**Timm:** „Aber Herr Haase, das wird in Berlin entschieden!“

**Publikum:** Es klatscht sich auf die Schenkel.

Daraufhin ging Herr Haase auf die Bühne, nahm auf einem freien Stuhl im Präsidium Platz, schrieb etwas auf ein großes Blatt Papier und hielt es in die Höhe: „Neues Forum“.

**Timm:** Sprachlos.

**Publikum:** Tosender Beifall.

(Quelle: Die friedliche, freiheitliche und demokratische Revolution Rostock '89. Erlebnisberichte der Akteure und Photographien von Siegfried Wittenberg, Hg.)

### Glossiert

### Gysi oder Krenz?

Sollte man nicht Egon Krenz als Festredner zum 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution einladen?

Einem weitverbreiteten Sprachgebrauch folgend, gilt seine „Wende“ geradezu als Synonym für die „Friedliche Revolution“. Ob nun Gysi oder Krenz, wichtig ist nur, daß es jemand ist von der Partei, die immer recht hat. Damit ist man jedenfalls auf der sicheren Seite.

Heinz Stuedel

### Warum ich fröhlich bin

Die Bevölkerung hat mit ihren Kerzen die dunkle Stasi weggeleuchtet. Den Faktor der Angst. Ich bin fröhlich, daß diese Angst anfängt, von mir abzufallen. Denn ich kann ganz gut ohne Angst leben. Aber die SED denkt da anders von mir. Weil die SED der Bevölkerung nicht dient, sondern sie beherrschen will, erfindet sie locker ein Feindbild nach dem anderen:

- Erstens, natürlich die imperialistischen Ausbeuter im Westen
- Zweitens, Ausländerfeindlichkeit und Polenhaß, doch in den Kirchen und privat gingen wir dagegen an und aus dem Feindbild wurde nichts
- Drittens, Existenzangst vor dem Ausverkauf an die BRD

Doch viele fahren hin, guckten und sind ohne Angst zurückgefahren.

- Viertens, nun spielt die SED maßlos

die braune Angst hoch, um heuchlerisch und laut nach einem Verfassungsschutz zu schreien. Aber wir Bürger wollen frei und fröhlich arbeiten und verwalten, kontrollieren und regieren.

Nein, das Übel ist die Sucht der SED in der Maske der „Partei des demokratischen Sozialismus“ die Bevölkerung zu beherrschen, statt ihr selbstlos zu dienen. Sie beherrscht noch alle Machtstrukturen in der Regierung, den Verwaltungen, den Betrieben und in den Medien. Den inneren und äußeren Frieden haben wir uns nicht verdient, sondern müssen ihn uns weiter mit den Füßen und Köpfen, Herzen und Kerzen erstreiten.

Ich bin mit der Bevölkerung wach und voll Hoffnung.

**Reinhard Haase,**  
**NEUES FORUM**

Basisgruppe Harte Straße

# Stasi in Berlin. Überwachung und Repression in Ost und West

Eine Sonderausstellung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

„Da! Ich habe es doch immer geahnt...“ Auf dem Gesicht des grauhaarigen Besuchers spiegelt sich die Genugtuung darüber, den vermeintlichen Meistern der Konspiration nicht völlig auf den Leim gegangen zu sein. Denn diese Wohnung damals gleich gegenüber war irgendwie verdächtig: Nachbarn, die man viel zu selten zu Gesicht bekam. Und die sich dann so auffällig unauffällig benahmen. Da schwante einem was. Und jetzt, 30 Jahre später, die Bestätigung: die Wohnung in Prenzlauer Berg wurde Ende der 80er Jahre tatsächlich von der Stasi genutzt – unter dem Decknamen „Bauer“. Sie ist eine von über 4200 Ost-Berliner Adressen, die Besucher der Ausstellung „Stasi in Berlin. Überwachung und Repression in Ost und West“ als Dienstobjekt, Liegenschaft oder eben als „konspirative Wohnung“ des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) enttarnen können – auf einem riesigen begehbaren Luftbild der Stadt.

Die aktuelle Sonderausstellung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zeigt die stadträumliche Dimension politischer



Die Installation regt dazu an, die eigene Wahrnehmung der Stadt zu hinterfragen.

Repression. Die Besucher erfahren, wo in Berlin sich einst die wichtigsten Schaltstellen des Staatssicherheitsdienstes befanden. Und die Ausstellung macht deutlich, welcher perfiden Methoden sich die Stasi bediente, um die Stadt und ihre Bewohner unter Kontrolle zu halten.

Mittelpunkt der Ausstellung ist eine Luftaufnahme aus dem Jahr 2017, die flächig unterleuchtet wird. Sie zeigt nahezu die gesamte Stadt aus einer einzigartigen Perspektive: Berlin von oben, aufgenommen aus großer Höhe aus einem Flugzeug, Stadtteil für Stadtteil per Spezialkamera erfaßt. Die einzelnen Aufnahmen wurden

am Computer zu einem riesigen Foto zusammengesetzt. Dieses Großfoto erstreckt sich insgesamt auf 170 m<sup>2</sup> und ist raumfüllend auf eine Bodenfläche sowie zwei Wände verteilt. So erschließt sich dem Betrachter das Stadtgefüge auf einen Blick: Dicht bebaute Wohnviertel heben sich von Industrie- und Gewerbegebieten ab. Altbaukieze im Zentrum lassen sich deutlich von Hochhaussiedlungen am Stadtrand unterscheiden.

Ein Meter auf der Luftaufnahme entspricht ungefähr 1,75 Kilometern in der Realität. Das Luftbild ist so gestochen scharf, daß selbst kleine Details erkennbar sind. Wer in Berlin wohnt, findet sein Haus oder kann den täglichen Weg zur Arbeit nachvollziehen. Tatsächlich gehen die Berliner unter den Ausstellungsbesuchern meist als erstes zu ihrem Kiez, suchen ihr Wohnhaus – und schauen, welche Spuren die Stasi möglicherweise gleich um die Ecke hinterlassen hat.

Wie sich das Netz der Stasi herausgebildet hat, wird über offenen Ton in einer chronologischen Einführung vermittelt. In drei Phasen (40er, 50er und 80er Jahre) werden die wichtigsten Dienstsitze und Standorte des MfS und seiner sowjetischen Vorläufer als kleine Leuchtdioden auf dem Luftbild eingblendet. Für die 80er Jahre strahlen über 300 Lichtpunkte. Der ehemalige Mauerverlauf ist als Leuchtband am Boden hervorgehoben. Er teilt den Raum in Ost und West.

Die ersten wichtigen Knotenpunkte des Stasi-Netzes waren vormalige Standorte der sowjetischen Geheimpolizei. Auch die erste Berliner Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) saß in einem ehemaligen sowjetischen Stützpunkt an der Prenzlauer Allee – das Kellergefängnis der sowjetischen Geheimpolizei in einem der Gebäude übernahm die Stasi ebenfalls. Die BVfS war quasi ein verkleinertes Abbild des DDR-Ministeriums auf regionaler Ebene. Ihr waren zudem die Diensteinheiten auf lokaler Ebene unterstellt: eine eigene Kreisdienststelle für jeden der Ost-Berliner Stadtbezirke. Auch sie sind auf dem Luftbild als Leuchtpunkte markiert.

In der Ausstellung sieht man, wo und wie die Spezialabteilungen der Stasi in der „Hauptstadt der DDR“ unliebsame Per-

sonen observierten, verdächtige Postsendungen öffneten, Telefone abhörten oder heimlich Privatwohnungen durchsuchten. Doch der lange Arm des MfS reichte auch in den Westteil der Stadt – zum Unglück all derjenigen, die dort ins Visier der Stasi gerieten und sich in Sicherheit wähnten.

Wie lassen sich all diese Informationen abrufen? Beim Betreten der Ausstellung erhält jeder Besucher einen tragbaren Tablet-Computer („iPad“). Er hat das Format eines mittelgroßen Buchs. Bewegt man sich über das Luftbild, erkennt die Kamera des Geräts, wo im Stadtraum man sich befindet. Der Bildschirm zeigt den Ausschnitt des Luftbilds an, den man zu seinen Füßen sieht. Lichtpunkte am Boden markieren rund 100 besonders interessante Standorte der Stasi. Steht man über einem dieser Leuchtpunkte, erscheint auf dem Monitor ein entsprechender Punkt. Tippt man ihn an, startet ein kurzer Film oder eine Fotostrecke.

Wer mag, kann beim Erkunden der Ost-Berliner Kieze über einen Schalter Tausende weitere Stasi-Objekte einblenden, vor allem „konspirative Wohnungen“. Nach dem Antippen sieht man die genaue Adresse, die zuständige Abteilung des MfS und – sofern bekannt – den Decknamen des Objekts.

Das Ineinandergreifen des Repressionsapparates wird anhand des Vorgehens gegen einzelne Betroffene erläutert und mit konkreten Schauplätzen in der Stadt verknüpft. Diese etwa fünfminütigen „Fallbeispiele“ werden ebenfalls über das Tablet zugänglich gemacht. In der Zusammenschau von 14 Schicksalen, die jeweils an mehreren Orten im Stadtraum spielen, wird eine Art Überwachungslandschaft erkennbar. Denn auch 30 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur lassen sich die Spuren der Stasi im Stadtbild finden – so manche Überraschung eingeschlossen...

Andreas Engwert  
Kurator der Ausstellung

(Die Ausstellung ist noch bis zum 31. März 2020, täglich von 9.00 bis 18.00 Uhr, in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, zu sehen. Der Eintritt ist frei.)

## Forum politisch verfolgter Frauen

Gründung eines rechtsfähigen Vereins als Forum für alle in der SBZ und DDR politisch inhaftierten, politisch zersetzten, politisch repressierten Frauen

Etwa 30 000 Frauen waren in der SBZ und der DDR aus politischen Gründen inhaftiert. Jedoch ist die tatsächliche Anzahl der aus unterschiedlichen Gründen politisch zersetzten, politisch repressierten oder in Sippenhaftung genommenen Frauen nicht bekannt.

Viele waren, als sie das Schicksal traf, verfolgt zu werden, noch sehr jung und hatten zumeist noch keine Kinder. Diejenigen aber, die eines oder mehrere Kinder hatten, waren mehrfach erpreßbar. Kindeswegnahme bis hin zu Zwangsadoption waren gängige Repressionsmethoden auf der Klaviatur staatlicher, durch geltendes sowjetisches Besatzungszonenrecht und anschließendes DDR-Recht legitimierten Gewaltausübung.

Schülerinnen, die sich der angeordneten Staatsgefolgschaft verweigerten, erlitten bis heute nachwirkende Einschnitte in ihrer Bildungs- und Berufsbiographie. Auch ihre Zahl kennen wir nicht. Ebenfalls nicht bekannt ist die Anzahl der Frauen der an der innerdeutschen Grenze in zeitlich

mehreren Aktionen zwangsausgesiedelten Familien mit ihren Kindern.

Frauen, die ihren politisch verfolgten Vätern, Männern und Söhnen die Treue hielten und dadurch ebenfalls verfolgt und ausgegrenzt wurden, sind eine weitere zu beachtende, zahlenmäßig nicht bekannte Größe. Politische Verfolgung traf auch Mädchen und Frauen, die ohne eigenes Zutun vom Staat ausgegrenzt wurden, weil ihre Familie nicht der Arbeiter- und Bauernklasse angehörte. Oftmals waren sie daher von Anfang an „Staatsfeinde“ und wurden ausgegrenzt und eingeschränkt.

Die „Hoheneckerinnen“ – häufig wird der Begriff genutzt als Synonym für alle politisch inhaftierten Frauen – sind nur ein Teil der politisch in den vielen Strafvollzugseinrichtungen der SBZ und DDR gequälten Frauen. Es gilt, den Frauen eine Stimme zu geben, die sich ihrer Verfolgungssituation bisher nicht stellen konnten oder wollten. Die Gründe, darüber zu schweigen, vergessen zu wollen, sich nicht anerkannt

zu fühlen, sind äußerst vielfältig. Die in ihren Rechten schwerwiegend verletzten Frauen wollen und sollen in all ihren Belangen in der Gesellschaft deutlich gehört, unterstützt und gewürdigt werden. Betroffenen Frauen ist es wichtig, bundesweit in der Gesellschaft wahrgenommen und gehört zu werden. Sie wünschen sich einen rechtswirksamen Rahmen, der ihnen Unterstützung bieten kann.

Das war Anlaß, einen Verein zu gründen, der hierfür eine Plattform sein wird. Jede Betroffene ist herzlich willkommen und ebenso natürlich ihre Partner und Kinder. Das „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR-Diktatur e.V.“ ist am 15. Juni gegründet worden und erwartet nun die Bestätigung der Gemeinnützigkeit durch das Registergericht. Der Verein hat seinen Sitz in Berlin, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin. Beim nächsten Verbändetreffen der UOKG wird der Verein sich vorstellen und den Antrag auf Aufnahme in die UOKG stellen.

Carla Ottmann

## erinnert – Hautnah – erzählt

Szenische Lesung von Martina Blankenfeld, Mitwirkende: Antonia Sternberg, Benjamin Baumgart, Fabiane Schmidt, Janine Schweiger, Martina Blankenfeld, Friederike Buttgerit, Dr. Karl-Heinz Bomberg (musikalische Begleitung)

Diktaturen sind erfinderisch, wenn es darum geht, neue Ressourcen für die Unterdrückung zu mobilisieren. Auch in der SED-Diktatur wurden nicht nur Justiz, Gefängnisse und Kinderheime genutzt, um unbotmäßige DDR-Bürger zu isolieren und mit Gewalt zu einem staatsloyalen Verhalten zu zwingen. Selbst erfahrene Historiker wussten bis vor wenigen Jahren nichts von den sogenannten geschlossenen Venereologischen Stationen, die es in fast allen Bezirksstädten der DDR gab. In Halle/Saale trug das Gebäude, in dem eine solche Station untergebracht war, im Volksmund den Namen „Tripperburg“. Die genauen Umstände kannte freilich keiner. In diese Stationen wurden ohne rechtlich geordnete Verfahren Mädchen und junge Frauen eingewiesen, über die – im wörtlichen

Sinne – irgendwann einmal irgendwer den Verdacht auf ein sexuell freizügiges Verhalten geäußert hatte. Treibende Kräfte bei der Einweisung waren die Ministerien für Staatssicherheit und Gesundheitswesen. Im Kern ging es darum, junge Frauen durch sich täglich wiederholende, brutale und demütigende „Untersuchungen“ ein für alle Male von jedem Versuch eines sexuell selbstbestimmten Lebens abzuhalten. Als Vorwand für die Einweisung diente der Verdacht auf eine Geschlechtskrankheit, der sich mit hoher Regelmäßigkeit nicht bestätigte.

Das Kalkül der Täter war – zumindest in DDR-Zeiten – aufgegangen. Keine Frau würde nach ihrer Entlassung in ihrem sozialen Umfeld über die entwürdigenden und zudem völlig überflüssigen täglichen Untersuchungen ihres Schambereichs berichten. So war es dann auch. Bei vielen Frauen ergab sich eine Traumatisierung, die in ihrer Schwere mit einem Aufenthalt im Zuchthaus vergleichbar ist. In Berlin-Buch gab es eine ähnliche Einrichtung.



Krankenschwester (Antonia Sternberg) und Chefarzt Dr. Elste (Benjamin Baumgart).

Martina Blankenfeld ist es gelungen, diesen schweren Stoff mit einer szenischen Lesung auf die Bühne zu bringen. Ihr Stück handelt von „uneinsichtigen kriminell-gefährdeten nichtleserbischen Patientinnen“ (so die DDR-Amtssprache) und vom „Klinikum Buch als unmoralischer Anstalt“ (so die Bewertung der Autorin). Die Texte, obwohl eigentlich nur Dokumente aus der schriftlichen Hinterlassenschaft des SED-Regimes, sind tiefgründig und vermutlich beim ersten Hören auch nicht vollständig zu entschlüsseln. >>>

Trotzdem überträgt sich die Perfidie der vorgeschlagenen „Sicherheitsmaßnahmen“ automatisch auf die Zuhörer. Alle Sicherheitsmaßnahmen wie Gitter vor den Fenstern, die feste Verankerung von Schlafstellen an den Wänden und die Gestaltung von Arresträumen waren dem Haus 213 in Berlin-Buch nachempfunden. Im Haus 213 des Krankenhauskomplexes befand sich die von der Staatssicherheit geführte psychiatrische Station.

Die Autorin und Regisseurin der szenischen Lesung, die am 27. Juni 2019 im Rathaus von Berlin-Pankow uraufgeführt wurde, durchschritt damit für das Publikum noch einmal einen Höllenkreis ihres Lebens, wie sie der taz im Juli 2016 in anderem Zusammenhang berichtete. Es war der zweite von drei Höllenkreisen,



Jurist Günther Fehr (Fabiane Schmidt) und Psychologin Dr. Unfair (Martina Blankenfeld).

wie Martina Blankenburg erzählte. Sie durchlitt zunächst Gewalt und sexuellen Mißbrauch in ihrer eigenen Familie. In der Folge wurde sie „sozial auffällig“ und kündigte ihren Suizid an. Die „Hilfe“ der staatlichen Stellen bestand in einer Einweisung in die „Tripperburg“ in Berlin-Buch. Was sich für andere möglicherweise als Rettung erweist, wurde für Martina Blankenfeld zum dritten Höllenkreis: die Einweisung ins Heim. Der Weg führte über das berüchtigte Durchgangsheim Berlin Alt Stralau (wo heute eine Erinne-



Erleichterte Darsteller am Ende der Uraufführung: (v.l.) Benjamin Baumgart, Fabiane Schmidt, Antonia Sternberg und Martina Blankenfeld.

rungstafel angebracht ist) in den ebenso bekannten Jugendwerkhof „August Bebel“ in Burg bei Magdeburg.

Als beklemmend für die Zuschauer erwies sich der Kontrast zwischen den im trockenen Amtsdeutsch formulierten Dokumenten der Repression und der streckenweise fast komödiantisch anmutenden Vortragsweise. Irritierend war auch, daß die Insassen dieser Anstalt des Unrechts bis zum Schluß nicht sichtbar wurden. Opfer waren – und sind es zum Teil bis heute – Objekte einer Repressionsmaschinerie. Nicht der Rede wert. Eine sehenswerte Inszenierung, der man weitere Aufführungen wünscht.

Christian Sachse

### Stimmen aus dem Publikum

„Die szenische Lesung hat mir sehr gut gefallen. Auch wenn einige Dinge ungeschliffen wirkten. Am Ende war das genau das Interessante daran. Im Nachhinein überraschte mich die Leichtigkeit, mit der das Thema im Ganzen angegangen wurde. Das spricht für einen distanzierten Blick zurück, was mir, ehrlich gesagt, besser gefällt als die Verbissenheit mancher Geschichtsbewältiger.“

Ein absoluter Hammer war die Diskussion am Ende. Wer bis dahin etwas nicht kapiert hatte, konnte im normalen Gespräch noch mal nachfragen. Was nach einigem Zögern dann ja auch passierte. Eine tolle Sache, diese Lesung, finde ich, über eine weitere Facette des Unrechtsstaates.“

Aldo Fedder

„Die Protagonist\*innen rezitieren aus entlarvenden Originaltexten von Mediziner\*innen der geschlossenen venerologischen Station des ehemaligen Klinikums Berlin-Buch, wo Frauen aufgrund von willkürlichen Zuschreibungen gegen ihren Willen unter haftähnlichen Bedingungen eingesperrt wurden und medizinischen Zwangsuntersuchungen unterworfen waren. Martina Blankenfeld gelingt es, die Ohnmacht betroffener Frauen erfahrbar zu machen und den Charakter einer DDR-Anstalt freizulegen, in der (unangepaßte) Frauen entwürdigt, pathologisiert und kriminalisiert wurden.“

Es ist wunderbar und für eine interessierte Öffentlichkeit von hohem Wert, wenn Betroffene den Mut für eine eigenständige und/oder künstlerische Auseinandersetzung mit dem erfahrenen Leid aufbringen und damit authentische, subjektive Zugän-

ge zu bislang wenig bekannten Aspekten der neueren Geschichte ermöglichen.“

Jana Johannson, Herbert Scherer

„Das Stück zeigte mir einmal mehr, welche Wesenszüge dieser Staat, in den ich selber hinein geboren wurde, trug und welche Ereignisse mir wohl für immer verborgen geblieben wären, hätte es nicht die sogenannte Wende gegeben.“

Besonders beeindruckt hat mich, daß eine Betroffene mitgewirkt hat, einerseits muß dies eine traumatische Erfahrung wiederbelebt haben, andererseits kann dadurch der Versuch unternommen werden, eben jene zu verarbeiten, und das mit Hilfe fremder Menschen, also vor Publikum. Auch die anderen jungen Darsteller, die die DDR nur noch aus Erzählungen kennen werden, konnten überzeugen und haben mir dieses brisante Thema näher bringen können.

Die anschließende Diskussion hat gezeigt, daß dennoch viele Fragen offen geblieben sind und nicht abschließend beantwortet werden können. Dafür muß ein jeder selber in die Materie einsteigen und sich zusätzliches Wissen aneignen.“

Jan Michaelis

„Mit meinem therapeutischen und mitmenschlichen Blick darauf, gilt meine Hochachtung in erster Linie Tina Blankenfeld als ein vom damaligen politischen System betroffener Mensch. Es gehören viel Mut, Ausdauer, Hartnäckigkeit und Leidenschaft dazu, Unrecht und Unmenschlichkeit zu veröffentlichen.“

Nicht nur weil es scheinbar in der Natur des Menschen liegt, ‚Unbequemes‘ und Unrecht zu verleugnen, die Verantwortung immer wieder auf andere zu übertragen, sondern weil es für den Menschen, der sich damit auseinandersetzt, hier in diesem Fall Tina Blankenfeld, eine immense emotionale Belastung darstellt, die immer wieder alte Wunden aufreißt und mit Erlebtem konfrontiert, wo sie als ‚Kind‘ weder von ihrer Familie, noch von einem System, das die zeitweilige Verantwortung für sie hatte, geschützt und gefördert wurde.

Was mich am meisten erschüttert hat, ist die Tatsache, daß sich die Strukturen in einem politischen System und in den Köpfen einzelner Menschen seit dem Nationalsozialismus nicht grundsätzlich verändert haben.“

Anke Luttkus

## Suchanzeigen

# Umfrage zur Sozialstudie im Land Brandenburg

Befragung zu aktuellen Lebenslagen von Menschen und deren Familien, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden oder Unrecht erlitten und im Land Brandenburg leben

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) und das Berliner Institut für Sozialforschung (BIS) möchten Sie über die Sozialstudie informieren und Brandenburger Betroffene um Beteiligung an unserer Online-Umfrage bitten.

### Ziel und Zweck der Studie

Der brandenburgische Landtag beschloß im Jahr 2016 die Beauftragung einer Sozialstudie. Die Studie soll die aktuelle Lebenssituation ehemals politisch Verfolgter und ihrer Angehöriger erfassen und dazu beitragen, daß politische Verantwortungsträger mehr über die Lebenssituation der Betroffenen erfahren. Damit sollen wichtige Impulse für zukünftige Entscheidungen gegeben werden, nicht zuletzt auch, um die Unterstützung von Betroffenen zu verbessern. Die Besonderheit der Studie besteht darin, daß neben den direkt Betroffenen auch deren Familienangehörige befragt werden. Durch die Eingriffe in das Leben und das berufliche Fortkommen der Eltern- oder Großeltern-generation können Angehörige schwierige Ausgangsbedingungen haben.

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) wurde mit der Umsetzung der Studie betraut. Für die Durchführung der Befragung ist das BIS Berliner Institut für Sozialforschung GmbH verantwortlich.

### Ihre Mitwirkung zählt

Wir laden Betroffene aus dem Land Brandenburg zur Teilnahme an der Sozialstudie ein. Sie sind Expertin und Experte ih-

rer Situation. Bitte beteiligen Sie sich und informieren Sie auch ihre Familienangehörigen sowie andere Betroffene über die Umfrage. Ihre Daten werden ausschließlich anonym verwendet.

### So können Sie an der Umfrage teilnehmen

Die Umfrage wird am 21. Oktober 2019 gestartet.

Geben Sie im Internet die Adresse [www.bis-berlin.de/sozialstudie](http://www.bis-berlin.de/sozialstudie) ein. Auf der Startseite finden Sie alle Hinweise zum Ausfüllen des Fragebogens.

Wir bitten Sie, innerhalb von vier Wochen an der Studie teilzunehmen. Dann beginnen wir mit der Auswertung.

Falls Sie keinen Internetzugang haben oder aus anderen Gründen nicht über das Internet an der Umfrage teilnehmen möchten, führt das BIS mit Ihnen die Umfrage gerne telefonisch durch. Rufen Sie uns hierfür unter (030) 31 00 09 0 an. Wir rufen zurück.

Wir freuen uns sehr, wenn auch Ihre Familienangehörigen (Partnerin oder Partner, Eltern, Geschwister, Kinder, Enkelkinder) an der Umfrage teilnehmen.

Für Ihre Unterstützung und Teilnahme an der Umfrage bedanken wir uns schon jetzt recht herzlich.

Dr. Eva Schulze

### Ansprechpartner und -partnerinnen

Zur Durchführung der Studie:

Dr. Eva Schulze und Dr. Dominikus Vogl, BIS Berliner Institut für Sozialforschung GmbH, [mail@bis-berlin.de](mailto:mail@bis-berlin.de), Tel. (030) 31 00 09 0, Brandenburgische Straße 16, 10707 Berlin

Zur Aufarbeitung von DDR-Unrecht:

Petra Morawe und Silvana Hilliger, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD), [aufarbeitung@lakd.brandenburg.de](mailto:aufarbeitung@lakd.brandenburg.de), Tel. (03 31) 237 292 0, Hegelallee 3, 14467 Potsdam 

## Zeitzeugen und Zeitzeuginnen gesucht!

Ehemalige Untersuchungshaftanstalt in der Keibelstraße

In der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt in der Keibelstraße (Berlin) besteht ein Lernort, in dem sich u.a. Jugendliche mit dem Ort, unterschiedlichen Haftgründen und der Geschichte der DDR auseinandersetzen. Für die wissenschaftliche Forschung, für den Aufbau eines Archivs oder für die Bildungsarbeit suchen wir

Personen, die in der Keibelstraße inhaftiert waren. Weitere Informationen zum Lernort Keibelstraße und Kontaktdaten finden Sie auf deren Homepage: [www.keibelstrasse.de](http://www.keibelstrasse.de) oder Lernort Keibelstraße, Agentur für Bildung e.V., Jan Haverkamp, Telefon (030) 28 09 80 12, [haverkamp@agentur-bildung.de](mailto:haverkamp@agentur-bildung.de) 

### Leserbrief

## Besser, es hätte sie nicht gegeben

Friedrich-Wilhelm Schломann befaßt sich im „Stacheldraht“ mit dem illegalen Widerstand in der DDR. Ich war von der ersten bis zur letzten Stunde Bürger im Staat der SED, Autor Schломann nicht. Von der ersten von mir erlebten

Wahl in diesem System, es ging um den Volkskongreß im Jahre 1949, wurde ich aus von mir verständlichen Gründen ausgeschlossen und ich wußte immer, daß Widerstand vergeblich und sehr gefährlich war. Deshalb wollte ich nie wieder

hinter Gittern landen, denn ich habe bald nach meiner Entlassung nach Jahren in NKWD-Lagern, in die ich 1945 fünfzehnjährig geriet, eine Familie gegründet und für Frau und meine Kinder Verantwortung gehabt. Ich wußte auch nicht, daß ich seit 1955 bis zur Wende Zielobjekt des Stasi war und nach sechs Paragraphen des Besonderen Teils Strafgesetzbuch der DDR observiert wurde. 

Der Autor des Beitrages im „Stachel-draht“ 5/2019 gibt auf Seite 8 genau die Zahl der Menschen mit 18000 an, die „im heimlichen Kontakt zu freizeithilichen Stellen in West-Berlin standen und damit in der DDR Widerstand leisteten“. Diese Stellen in Westberlin sind den damaligen Bürgern der DDR durch die Berichterstattung über Prozesse der SED-Justiz bekannt geworden. Leider waren es viele, die wegen der mehr oder

weniger bewußten Kontaktaufnahme für Jahre ihre Freiheit verloren. Die „Widerständler“ in den Ostbüros aber gingen bei ihrer Arbeit kein Risiko ein. Von einer Leipziger Familie ging mir ein erschütternder Brief aus der Haft ihres SPD-nahen Angehörigen zu. Ich lernte in meiner Arbeit für ehemalige Häftlinge nach der Wende auch Hans Zimmermann kennen, der lebenslanglich bekam, nur weil er nicht wußte, daß der Pförtner in einer

US-Kontaktstelle in Westberlin auch vom Stasi bezahlt wurde. Damit wollte ich nur sagen, daß es besser gewesen wäre, hätte es diese Stellen in Westberlin nicht gegeben. Ich selbst habe etwa 1970 Wahlmaterial der CDU, das ich in einem Papierkorb auf der Insel Rügen fand, ohne Risiko für mich, wie ich dachte, in Cottbus unter die Leute gebracht.

Kurt Noack, Groß-Kölzig

## Abschied

### Rosel Werl

Am 25. Juli 2019 verstarb überraschend Rosel Werl (geb. Schatz), eine ehemalige „Hoheneckerin“, die sich jahrzehntelang unermüdlich und mit großem Einsatz für die Erinnerung an die politisch verfolgten Frauen in der SBZ/DDR und für die Errichtung einer Gedenkstätte in Stollberg-Hoheneck eingesetzt hat.



Rosel Werl in einem ehemaligen Vernehmerzimmer in der MfS-UHA Suhl 2009.

Am 21. März 1951 in Altersbach in Thüringen geboren, lernte die ausgebildete Industriekauffrau, Buchhalterin und Sekretärin 1978 in einem Urlaub in Ungarn Werner aus Baden-Württemberg kennen und verliebte sich in ihn. Ab 1981 stellte sie mehrere Ausreisearträge auf Familienzusammenführung, die allerdings ohne Erfolg blieben. Eine notarielle eidesstattliche Versicherung zur Eheschließung in der DDR wurde ebenso abgelehnt. Trotzdem konnte sie sich mit Werner bei einem Fußballspiel in Ost-Berlin treffen. Doch die Stasi hatte beide im Hotel abgehört und lud Rosel Schatz anschließend zum Verhör. Weitere Treffen des Paares wurden von den DDR-Organen verhindert. Am 25. Mai 1982 schrieb sie einen vierseitigen Brief an den Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei. Trotz Verbots suchte sie in Ost-Berlin die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in der DDR und das Büro von Rechtsanwalt Vogel auf, um Hilfe bei der Ausreise zu erbitten.

Die Stasi, die sie inzwischen überwachte, durchsuchte anschließend konspirativ ihre Wohnung. Am 15. Juni 1982 griff die Staatssicherheit schließlich zu: Sieben Mitarbeiter verhafteten Rosel Schatz auf dem Weg zur Arbeitsstelle und brachten sie in die U-Haftanstalt der Bezirksverwaltung in Suhl. Mitte November 1982, nach fünfmonatiger Untersuchungshaft, wurde sie auf der Grundlage von § 99 StGB der DDR wegen „landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“ zu zwei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Davon verbüßte sie neuneinhalb Monate, die meiste Zeit in Hoheneck. In ihrer Zelle dort war sie die einzige Politische unter 15 Straftäterinnen. Durch die vitaminlose Nahrung verlor sie büschelweise Haare. Auf Anraten einer „Langstraferin“ wusch sie ihr Haar mit eigenem Urin, das half. Mit ihrem Freikauf am 17. August 1983 gelangte Rosel Schatz über das Lager Gießen schließlich nach Weil der Stadt in die Bundesrepublik zu ihrem Freund, den sie im darauffolgenden Jahr heiratete. 1985 wurde Sohn Michael geboren.

Bereits 1987 trat sie der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Stuttgart bei. 1990 wurde sie Mitglied im Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen und später Gründungs- und Vorstandsmitglied des Fördervereins Gedenkstätte Stollberg. Nach Einsicht in ihre Stasi-Akte besuchte sie diejenigen, die sie bespitzelt hatten, um sie zur Rede zu stellen. Beständig engagierte sie sich in der Aufarbeitungsarbeit der ehemaligen Haftanstalt Hoheneck im baden-württembergischen Raum und vor Ort im Erzgebirge. Ihre Zeitzeugenberichte bereicherten die Arbeit des Fördervereins Gedenkstätte Hoheneck. Zum Tag des Offenen Denkmals und bei anderen Gelegenheiten ergänzte sie Führungen durch ihre persönlichen Berichte, erzählte aus ihrer Haftzeit und stellte sich ausdauernd den Fragen der zahlreich erschienenen Besucher. Niemals scheute sie trotz langwieriger Anreise den Aufwand, als Zeitzeugin zur Verfügung zu stehen. Besonders wichtig war ihr die

Weitergabe der Erinnerungen an Schülerinnen und Schüler.

Zuletzt initiierte sie eine Tafel mit den Namen von 136 Menschen, die zwischen 1950 und 1954 in den DDR-Haftanstalten Waldheim bzw. Hoheneck verstarben und anschließend anonym in Chemnitz beigesetzt wurden. Die von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten unterstützte Gedenktafel wurde am 28. Februar 2019 unter Mitwirkung zahlreicher ehemaliger Häftlinge eingeweiht.

Seit 2007 war Rosel Werl Mitglied des Stiftungsbeirates der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Mit ihr verliert die Stiftung eine unermüdliche und langjährige Mitstreiterin, die sich stets für die Belange der Opfer politischer Gewaltherrschaft in beiden totalitären Diktaturen in Deutschland im zwanzigsten Jahrhundert engagiert hat. Sie war eine ebenso unbeirrbar demokratische Antifaschistin, wie sie eine demokratische Antikommunistin war; immer auf der Seite der Opfer und immer gegen die Täter und ihre Befehlsgeber gerichtet.

Wir werden Rosel Werl nicht vergessen, ihr Andenken in Ehren halten und in ihrem Geiste die Erinnerung an die Opfer der SED-Diktatur im Frauenzuchthaus Hoheneck wachhalten.

Bert Pampel/Siegfried Reiprich,  
Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur  
Erinnerung an die Opfer politischer  
Gewaltherrschaft, Dresden

\*

„Ich hatt' einen Kameraden...“ In Gedanken hören wir das Lied und denken an Rosel Werl, unsere Kameradin, die nun verstorben ist. Wir sind sehr traurig, hatten wir doch so vieles gemeinsam. Einige unserer Mitglieder kannten Rosel schon aus der Haftzeit, waren nahezu zur gleichen Zeit im Frauenzuchthaus Hoheneck unter oftmals katastrophalen Bedingungen eingesperrt.

Viele von uns lernten sie nach dem Mauerfall kennen. 1996 wurde Rosel Mitglied des „Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen“ und bei der nächsten Wahl in den Vorstand gewählt. Rosel war ein sehr aktives Mitglied, setzte sich immer und überall für die Belange der politischen Häftlinge ein. Begangenes Unrecht, das wir alle erleben mußten, aber nicht alle überlebten, sollte und durfte nicht vergessen werden. Sie trat als Zeitzeugin auf, besonders auch in Schulen, beteiligte sich an Ausstellungen, suchte und nutzte Möglichkeiten, Unterstützung zu erhalten, damit in Hoheneck eine Gedenkstätte entsteht.

Ja, Rosel Werl war eine unermüdliche Kämpferin gegen Unrecht und für Recht und Gerechtigkeit. Wir werden sie oft vermissen und – wie unsere Kameradinnen, die ebenfalls bereits verstorben sind – nicht vergessen.

Alex Latotzky, Margot Jann

\*

Unvergessen wird Rosel Werl auch in unserem Süddeutschen Freundeskreis Hoheneckerinnen bleiben. Seit 2010 treffen sich die Frauen im Süden Deutschlands, meistens in Stuttgart zu einem Gedankenaustausch, zum Reden in einem geschützten Rahmen. Manche der Frauen haben nie über ihre Haftzeit im Frauenzuchthaus Hoheneck gesprochen. Einige der Frauen haben sich in diesem Kreis wieder gefunden, zur Freude aller. Rosel Werl ist uns als Freundin und ehemalige Leidensgefährtin immer willkommen gewesen. Nur wenige Male blieb sie unserem Treffen fern, ihrer schweren Erkrankung geschuldet. Jetzt werden wir ihrer gedenken und ihrer unermüdlichen Arbeit zur Erinnerung an das Frauenzuchthaus Hoheneck, und wir sind froh, sie in unserer Mitte gehabt zu haben.

Kontanze Helber

## Dietmar Bockel

Er wurde am 17. Dezember 1930 in Jena geboren und wuchs als einziges Kind von Rudolf Bockel und seiner Ehefrau Lore in Mühlhausen auf. Nach dem Abitur nahm Dietmar Bockel eine Schlosserlehre im VEB Möve-Werk Mühlhausen auf, um anschließend zum gewünschten Studium für Maschinenbau delegiert zu werden. Als Jugendlicher hatte er Flugblätter gegen die aufzie-

# Spendenaufruf

Liebe Freunde, liebe Förderer,

die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat uns vor kurzem und ohne jede Begründung angekündigt, daß unsere wichtige Zeitschrift „Der Stacheldraht“ am 1. Januar 2020 von der Stiftung nicht mehr gefördert wird. Der Stiftungsvorstand verweist an den Bund. Dieser Schlag in die Magengrube hat gesessen.

Ich bin mir sicher, daß dies das falsche Signal zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit ist. Ich hoffe und wünsche mir, daß in Gesprächen eine Lösung gefunden wird. Da die Stiftung bereits andere Mittel gestrichen hatte, bitte ich Sie recht herz-

lich, uns mit einer Spende zu unterstützen. Für den Rest dieses Jahres und für das kommende Jahr haben wir anlässlich der Jubiläen eine größere Öffentlichkeit zu erreichen, jedoch ohne geldliche Unterstützung wird das schwierig.

Ich danke Ihnen sehr herzlich.

Freundliche Grüße

Dieter Dombrowski

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Theo Mittrup, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin. Bitte eigene Adresse angeben!)

## Bestätigung

über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von \_\_\_\_\_ € am \_\_\_\_\_

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 4.3.2019 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

### SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

**U O K G e. V.**

IBAN

**DE79 1007 0024 0734 2728 00**

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

**DEUTDE33**

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

**S p e n d e**

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

08

Datum

Unterschrift(en)

Art.-Nr.: 423 100

Schreibmaschine: normale Schreibweise | Handschrift: Blockschrift in GROßBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!



hende Diktatur in der SBZ verteilt. Zusammen mit seinen Kameraden wurde er in Mühlhausen von der DDR-Staatsicherheit am 5. August 1950 verhaftet. Bockel und sein Klassenkamerad Ulrich Bednarek wurden in das Stasi-Gefängnis „Weißes Haus“ in Weimar verschleppt. Die Bevölkerung nannte es die „Folterhöhle“. Dietmar Bockel war dort tagelang in einer Wasserzelle eingesperrt und durfte nur stehen. Knöchelhoch stand das Wasser. Es lief von den Wänden und tropfte von der Decke. Der junge Mann wurde krank.

Man übergab die jungen Leute den sowjetischen Besatzern und teilte sie einer Gruppe zu, die ausschließlich der Spionage bezichtigt wurde. Das berüchtigte Sowjetische Militärtribunal (SMT) 48240, eine gefürchtete mobile „Rechtsinstanz“, urteilte am 18. März 1951 über die „Gruppe Peters“ schnell und hart: Walter und Gertrud Peters, Kurt Cramer und Horst Zschuppe wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt; sie wurden am 14. Juni 1951 in Moskau hingerichtet. Die anderen, Dietmar Bockel, Otto Rabe, Georg Voigt und Gerhard Welcke bekamen je 25 Jahre Arbeitslager zugeteilt. Lediglich Ulrich Bednarek erhielt die „Kinderstrafe“ von 10 Jahren.

„Erst allmählich begriffen wir“, so Dietmar Bockel rückblickend 1998, „was da vor sich ging. Man hatte uns als politischen Sondermüll den Russen überlassen. Zu diesem Zeitpunkt behauptete die Regierung der DDR, ein völkerrechtlich souveräner Staat zu sein. Die Überlassung eigener Staatsbürger an einen anderen Staat steht meines Erachtens ohne

Beispiel da. Als wir später sowjetische Justizoffiziere auf unsere Nationalität aufmerksam machten und wünschten, vor ein deutsches Gericht gestellt zu werden, zeigte man uns irgendwelche Papiere. Aus denen ging hervor, daß die DDR uns ausgebürgert hatte. Wir waren fortan Freiwild.“

Sie alle wurden 1994 von der russischen Hauptstaatsanwaltschaft rehabilitiert und in allen Anklagepunkten für unschuldig erklärt. Die Unrechtshandlungen blieben ungesühnt, die Täter unbestraft. Die Asche der vier Hingerichteten ist in einem Massengrab verscharrt, nahe dem ehemaligen Kloster Donskoje bei Moskau. Auf dem gleichen Friedhof ist auch der NKWD-Henker Wassili M. Blochin (1895-1955) bestattet, der Tausende seiner Opfer durch Genickschuß umgebracht hat.

Dietmar Bockel kam in das berüchtigte sowjetische Straflager Workuta, nördlich des Polarkreises gelegen, ausgewiesen mit „verschärftem Regime“. Trostlosigkeit, Hunger und Kälte bestimmten seinen schweren Alltag. Monate später wurde er im Lager 10, Schacht 29, unter Tage zur Messung des Gases eingesetzt. Am 1. August 1953 geschah das Unfaßbare. Im Schacht 29 war einen Tag zuvor die Arbeit niedergelegt worden. Ein Streik, der sich zum Aufstand ausbreitete und blutig niedergeschlagen wurde. 64 Tote und mindestens 123 Verletzte waren zu beklagen. Dietmar Bockel blieb unverletzt und konnte seinen schwer verletzten Freund Heini Fritsche zu dem gefangenen Arzt Suslin schleppen. Heini Fritsche überlebte.

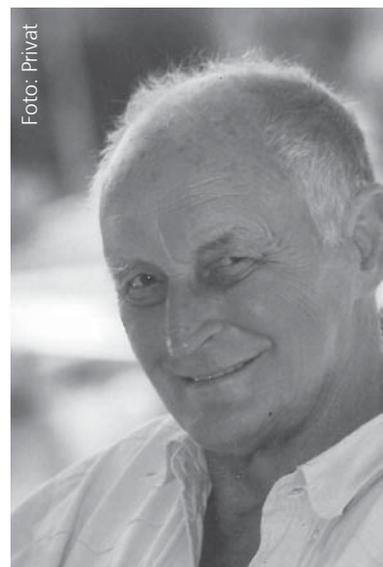


Foto: Privat

Dietmar Bockel.

Über 170 Briefe schrieb Vater Rudolf Bockel an Institutionen, lokale Funktionäre und an die sogenannten Repräsentanten der DDR, um über das Schicksal seines Sohnes eine Auskunft zu erhalten. Vergebens! Der Junge blieb nach der Verhaftung am 5. August 1950 für die Eltern verschwunden. Erst nach über drei Jahren erfuhren die Eltern, daß ihr Sohn in sowjetischem Gewahrsam war und zu einer Strafe von 25 Jahren verurteilt wurde. Endlich, nach der Intervention von Konrad Adenauer in Moskau, kam auf Umwegen über Rewda auch Dietmar Bockel frei. Am 16. Dezember 1955 traf er im Grenzdurchgangslager Friedland ein und einen Tag später, an seinem 25. Geburtstag, holten Verwandte ihn ab. Zwei Tage darauf kamen seine Eltern. Nach fünfeneinhalb Jahren sahen sie ihren Sohn wieder.

1956 begann er an der Universität Stuttgart mit dem Studium für Maschinenbau. Als Diplom-Ingenieur arbeitete er 1961–1996 bei der Daimler-Benz AG.

Spät, nach der deutschen Wiedervereinigung, kam auch die Anerkennung für Dietmar Bockel. Früh für demokratische Rechte eingetreten zu sein, war nicht umsonst. Solange er konnte, besuchte er die Jahrestagungen der Lagergemeinschaft Workuta. Dietmar Bockel lebte mit seiner Frau Helga, mit der er seit 1969 verheiratet war, in Eberdingen (Baden-Württemberg) und ist in Ludwigsbug am 9. Juni 2019 gestorben. Aus der Ehe sind die Töchter Helga und Eva hervorgegangen.

## Veranstaltungen

24.9. (Di), 18.00 Uhr:

**Open Memory Box: Die DDR auf Schmalfilm** – Präsentation eines neuen Onlinearchivs, Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

25.9. (Mi), 19.00 Uhr:

**Die erste Montagsdemonstration auf dem Leipziger Ring**, in der Reihe „Heute vor 30 Jahren: Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V.; Ort: Promenaden Hauptbahnhof Leipzig, Willy-Brandt-Platz 7, 04109 Leipzig

26.9. (Do), 19.00 Uhr:

**1989 – Revolutionäre Aufbrüche in Thüringen**, mit Dr. Jens Schöne, Historiker, Brigitta Wurschi u. Norbert Zeike, in der Reihe „Wissenschaft im Kubus“; Veranstaltung d. Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße; Ort: Gedenkstätte Andreasstraße, Andreasstr. 37a, 99084 Erfurt

30.9. (Mo), 19.00–22.00 Uhr:

**„Guten Tag! Sie sind verhaftet!“** – Ein begehrtes Hörspiel, Einlaß laufend, letzter Einlaß 21.00 Uhr; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

1.10. (Di), 18.00 Uhr:

**Die Stasi, der König und der Zimmermann: eine Geschichte von Verrat.** Petra Riemann, Autorin, RBB-Schnittmeisterin, und Torsten Sasse, Journalist, stellen multimedial ihr Buch vor; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

1.10. (Di), 18.00 Uhr:

**Aufbruch 1989. Hoffnungen, Erfolge, Enttäuschungen**, mit Prof. Dr. Ute Frevert, Max-Planck-Institut f. Bildungsforschung Berlin, Dr. h.c. Lothar de Maizière, Vorstandsvorsitz. d. Deutschen Gesellschaft e.V., Petra Pau MdB, Vizepräsidentin d. Dt. Bundestages, Ulrike Poppe, LAkD a.D., Jan Šícha, Gründungsdirektor d. Tschechischen Zentrums in München; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

1.10. (Di), 19.30 Uhr:

**Zeitzeugen erinnern sich**, im Rahmen der Reihe „Reste der Revolution. 30 Jahre Friedliche Revolution – Mauerfall“, mit Superintendent i.R. Christoph Schuppan, Pfarrerin i.R. Gisela Lattmann-Kieser, Pfarrer i.R. Michael Pflug, Pfarrer Joachim

## Eine DDR-„Karriere“ oder das Begreifen der Angst...

...machte eine Pause, „als der eiserne Himmel der Gefängniswelt auf uns herabkam.“ (Zitat des Autors Utz Rachowski)

Rausschmiß aus Oberschule und FDJ, vom Medizinstudenten zum Heizer, Knast, ausgebürgert in die Bundesrepublik. So verlief das Leben von Utz Rachowski – in Kurzform – spätestens ab dem 17. Lebensjahr. Später wurde er als bedeutender Lyriker und Essayist der Gegenwart im deutschsprachigen Raum bekannt. Seine Bücher werden vielfach übersetzt, u.a. ins Polnische, ausländische Universitäten laden ihn zu Vorträgen ein. Auf der Berlinale 2006 wurde ein Dokumentarfilm gezeigt, in dem Utz Rachowski zu den Protagonisten zählt: „Jeder schweigt von etwas anderem“.

Verhaftet wurde er, weil – inspiriert durch das Leben von Victor Klemperer, Cousin des Dirigenten und Komponisten Otto Klemperer – er eigene Gedichte und die seiner Freunde Reiner Kunze, Jürgen Fuchs und Wolf Biermann verbreitete. Es war ein Verbrechen in den Augen der SED/Staatsicherheit. Sich nicht-konform zum Staat zu äußern geht gar nicht, wurde befunden. So machte man Utz Rachowski bereits als Jugendlichen zum „Verbrecher“.

1968 erlebte er als 14-Jähriger den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei, unterstützt von der NVA. Offiziell wurde diese Beteiligung allerdings stets geleugnet, jedoch walzten tagelang NVA-Panzer unübersehbar durch seine Heimatstadt Reichenbach in Richtung Grenze. Das hat ihn geprägt.

In seinem neuesten Buch „Die Lichter, die wir selbst entzünden“ veröffentlicht er erstmalig u.a. Briefe, geschrieben in den Gefängnissen Karl-Marx-Stadt und Cottbus. Aus den Briefen an die Mutter erfährt der Leser von der Sorge um ihre Gesundheit sowie Angst um und Freude auf das noch ungeborene Kind. Um die Briefempfängerin zu beruhigen, behauptet er, „eigentlich Seelenruhe“ zu genießen. Im Knast! Er macht sich Gedanken um seine bei der Mutter verwahrten Gedichte. Man erfährt, daß einige Briefe ihm nur auszugsweise vorgelesen wurden, etliche wurden erst gar nicht ausgeliefert und so mancher Brief findet sich später nicht einmal in seinen Stasi-Unterlagen wieder. Seine

Psyche hangelt sich von Besuchstermin zu Besuchstermin und zu Postausgabe hoch, spürt der Leser. 1979 verhaftet, wurde er aufgrund von Interventionen, u.a. von amnesty international, 1980 entlassen und in die „BRD“ abgeschoben. Seit 2003 berät er ehemalige DDR-Bürger im Auftrag des Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Den Titel seines Buches, „Die Lichter, die wir selbst entzünden“, hat er dem jüdischen Dichter Alfred Wolfenstein quasi gewidmet, von dem diese Worte stammen. Wolfenstein wurde in der Nazizeit verfolgt, Rachowski im System des „real existierenden Sozialismus“. Und als Rachowski 28jährig im Jahr 1982 vor einer Abiturklasse im Westen Berlins aus seinen Prosa-Manuskripten vortrug, beendete der Lehrer empört die Veranstaltung mit den Worten, daß er sich seinen Unterricht von ihm nicht kaputt machen lasse.

Die Kombination Lyrik und Dokumentation ist ungewöhnlich, aber interessant, weil durch dieses Buch auch ein ungeübter Gedichtes-Leser Lyrik verstehen lernen kann.

Sybille Krägel



.....  
 Utz Rachowski: *Die Lichter, die wir selbst entzünden*, Essays – Reden – Portraits – Briefe aus dem Gefängnis, Bookspot Verlag 2019, 272 S., 14,80 €  
 .....

### Buchtip

## Und wo warst du?

### 30 Jahre Mauerfall

#### Von Freya Klier (Hg.)

(VT) Am 9. November 2019 jährt sich der Tag des Mauerfalls zum dreißigsten Mal. Aber wie haben die Menschen diesseits und jenseits der Mauer konkret diesen Tag erlebt? Welche Träume und welche Ängste haben sie damit verbunden? Und was ist aus den Träumen und Alpträumen geworden? Die Bürgerrechtlerin und Mitbegründerin der DDR-Friedensbewegung und bekannte Autorin und Filmemacherin Freya Klier hat für dieses Buch die unterschiedlichsten Menschen angesprochen und ihnen die Frage gestellt: „Und wo warst du?“

.....  
 Herder Verlag 2019, 272 S., 20,- €  
 .....

## Theater

## Ende einer Dorfidylle

Einen Roman von mehr als 550 Seiten dramatisiert auf die Bühne zu bringen, ist nicht nur möglich, sondern kann noch dazu sehr erfolgreich sein, wie das Beispiel „Unterleuten“ am Landestheater Neustrelitz zeigt. Nach der Vorlage von Juli Zeh (siehe Ausg. 2/2019) hat Tatjana Rese ein Stück geschaffen, daß mit den Mitteln des Theaters dem Stoff weitere Seiten, teilweise einen anderen Blick darauf abgewinnt.

Unterleuten, ein kleines fiktives Dorf in der Prignitz in Brandenburg, erhält ein aufsehenerregendes Angebot. Die Firma Vento Direct will Windräder auf einem Flurstück in der Nähe des Ortes aufstellen – mit dauerhaft substantiellen Gewinnen für Gemeinde und Verpächter. Das ist der Sprengsatz, der in die scheinbar so gut funktionierende Dorfgemeinschaft geworfen wird. Knapp unter der Oberfläche schwelende Animositäten, Konflikte und Feindschaften brechen innerhalb kurzer Zeit auf: Einheimische

die Bedingung. In Windeseile wird aus Unterleuten ein veritabler Intrigantestadel, wo es auch schon mal handfest zur Sache geht. Dabei lebt jeder in seiner eigenen Wahrheit, die sich aus vermeintlichen Erfahrungen, Mutmaßungen, Wünschen und Legenden zusammensetzt. Am Ende haben alle Frauen bis auf eine das Dorf verlassen. Zurück bleiben die alten weißen Männer. Ob sie etwas verstanden haben, ist ungewiß.

Die Hauptgegenspieler sind Gombrowski (Michael Kleinert) und Kron (Thomas Pötzsch). Ihre Feindschaft reicht weit zurück, bis in die Nachkriegszeit. Beide versuchen, möglichst viele Dorfbewohner für ihre Interessen zu instrumentalisieren, von denen wiederum die meisten nebenher ihr eigenes Süppchen kochen. Zum Beispiel der zugezogene Gerhard Fließ (Frank Metzger), ein idealistischer Aussteiger aus Berlin, der in Unterleuten einen reichlich militanten Vogelschutz managt und stolz darauf ist, schon viele

Bauvorhaben verhindert zu haben. Seine junge Frau Jule (Kludia Raabe), die eine sechs Monate alte Tochter von ihm hat, neigt zu hysterischen Ausbrüchen, denn Nachbar Schaller (Philipp Oliver Baumgarten), den viele für ein Geschöpf Gombrowskis halten, verbrennt unentwegt Autoreifen auf seinem Grundstück. Linda Franzen (Angelika Hofstetter) kommt aus Oldenburg und will im Dorf eine Pferdezucht betreiben, doch ihr fehlt noch eine Bau-

genehmigung. Arne Seidel (Michael Goralczyk) ist der blasse Bürgermeister von Gombrowskis Gnaden, und Hilde Keßler (Anika Kleinke) wird von der Mehrheit für die Geliebte Gombrowskis gehalten. Sie lebt seit dem Tod ihres Mannes mit 20 Katzen in ihrem Haus.

Wenn zu Beginn der ersten Szene Schaller im Orchestergraben, der sein Schrottplatz ist, wie Hephaistos unter dem Ätna laut auf Metall schlägt, pampige Kommentare abgibt und dazu der Titel What A Won-

gegen Zugezogene, Kommunisten gegen Kapitalisten, Jung gegen Alt, Ost gegen West, Vermögende gegen sozial Schwache.

Während der Widerstand gegen das Projekt anfangs noch in das Mäntelchen des Naturschutzes gekleidet ist, überwiegt schon bald nackte materielle Begehrlichkeit. Denn das als windparkgeeignet ausgewiesene Gelände gehört nicht nur einer Person. Also müssen sich die Besitzer durch Kauf oder Verkauf einigen, so



(v.l.) Frank Metzger als Fließ, Kludia Raabe als seine Frau Jule, Angelika Hofstetter als Linda Franzen und Thomas Pötzsch als Kron.

## Veranstaltungen

Goertz; Veranstaltung d. Pfarrsprengels am Prenzlauer Berg; Ort: Advent-Kirche, Danziger Str. 201–203, 10407 Berlin

8.10. (Di), 18.00 Uhr:

**Knüppel gegen Demonstranten.** Die Gedächtnisprotokolle vom 7. Oktober 1989 in Ost-Berlin, Veranstaltung d. BStU u.a.; Ort: ehemalige Stasi-Zentrale, Ruschestr. 103, Haus 7, R. 427, 10365 Berlin

9.10. (Mi), 18.00 Uhr:

**Wenn Worte und Bilder zensiert werden** – Über die Freiheit von Meinung und Information (Art. 19 u. 20 AEMR), Veranstaltung d. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im Rahmen der Reihe „Achtung: Menschenrechte“, 70 Jahre Menschenrechtserklärung; Ort: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin; bitte zeitnah mögliche Änderungen unter [www.stiftung-hsh.de](http://www.stiftung-hsh.de) prüfen

9.10. (Mi), 18.00–24.00 Uhr:

**Historische Aufnahmen der entscheidenden Montagsdemonstrationen** vom 7. bis 9. Oktober 1989 werden auf dem Innenhof projiziert; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

9.10. (Mi), 20.00–23.00 Uhr:

**Nacht der offenen Tür „Herbst '89** – Aufbruch zur Demokratie“, Einblicke ins Stasi-Unterlagen-Archiv; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

15.10. (Di), 17.00–19.30 Uhr:

Regionalkonferenz Hessen **„Meine Werte – deine Werte: Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“**; Ort: Hessischer Landtag, Eingang Grabenstr., 65183 Wiesbaden; Anmeldung bis 5. Oktober bei Deutsche Gesellschaft e.V., Dr. Heike Tuchscheerer, Mosse Palais, Voßstr. 22, 10117 Berlin, od. [heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de](mailto:heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de)

15.10. (Di), 18.00 Uhr:

**„Ein unverbesserlicher zionistischer Staatsfeind“** – Beschattet von der Stasi im Osten und Westen 1968-1989, Gabriel Berger, Physiker, ehem. Cottbus-Häftling und Buchautor stellt sein neues Buch vor; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

15.10. (Di), 19.00 Uhr:

**Geschichte und Zukunft der Verfolgtenverbände der kommunistischen Diktatur in SBZ/DDR**, Podi-



umsdiskussion, mit Hugo Diederich, VOS, Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig, Universität Passau, Lutz Rathenow, Sächs. Landesbeauftragter zur Aufarbeitung d. SED-Diktatur, Jörg Siegmund, Akademie f. politische Bildung Tutzing; Veranstaltung d. Archivs Bürgerbewegung Leipzig e.V.; Ort: „Alte Börse“, Naschmarkt 1, 04109 Leipzig

18.10. (Fr), 19.30 Uhr:

**Wegbereiter der Friedlichen Revolution**, in der Reihe „Reste der Revolution. 30 Jahre Friedliche Revolution – Mauerfall“, mit Barbara Maria Linke u. Dietmar Linke: Begegnungen mit dem Schriftsteller Jürgen Fuchs, mit musikal. Begleitung; Veranstaltung d. Pfarrsprengels am Prenzlauer Berg; Ort: St. Bartholomäuskirche, Friedenstr. 1, 10249 Berlin

24.10. (Do), 19.00 Uhr:

Eröffnung der interaktiven Ausstellung **„30 Jahre Mauerfall in der Kunst“** von Marina Prüfer, zu sehen bis zum 24.11. 2019; Ort: Kulturzentrum Rathenow, Märkischer Platz 3, 14712 Rathenow

29.10. (Di), 18.00 Uhr:

**Mauerfall – 25 und eine Erinnerung an die Nacht des 9. November 1989**, Zeitzeugen lesen aus gegebenem Anlaß ihre Texte aus dem von Matthias Bath herausgegebenen Buch, im Anschluß Eröffnung der Plakatausstellung „Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel“, v. d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

29.10. (Di), 19.00 Uhr:

**Die Revolution als kommunikative Selbstermächtigung**, mit Dr. Ulla Fix, Matthias Büchner u. Dr. Heino Falcke, in der Reihe „Wissenschaft im Kubus“; Veranstaltung d. Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße; Ort: Gedenkstätte Andreasstraße, Andreasstr. 37a, 99084 Erfurt

### Vorschau

29./30.10. (Di/Mi):

**Der Aufbau Ost im Ostmitteleuropäischen Vergleich**. Eine Bilanz nach 30 Jahren; Konferenz der Deutschen Gesellschaft e.V.; Ort: Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund, Mohrenstr. 64, 10117 Berlin; Anmeldung bis 27.10. unter [heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de](mailto:heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de), oder Tel. (030) 88 41 2-254 oder Dt. Gesellschaft e.V., Dr. Heike Tuchscheerer, Mosse Palais, Voßstr. 22, 10117 Berlin

derful World erklingt, ahnt man bereits, daß wohl nicht alles so wonderful ist in diesem Dorf. Die Bestätigung folgt auf dem Fuße. Im Dorfgasthof „Alter Landmann“ versammeln sich die Einwohner, wo ihnen Vento Direct den neuen Windpark schmackhaft zu machen versucht. Das Bühnenbild zeigt den Saal eines ziemlich abgeranzten Wirtshauses, das wahrscheinlich seit 50 Jahren nicht mehr renoviert worden ist. Hier spielen auch alle weiteren Szenen.

Mit viel Einfallsreichtum und witzigen Ideen wird der Raum mal zum Wohnzimmer, mal zu Feld, Wald oder Dorfanger. Durch alle möglichen Öffnungen in der Täfelung treten die Darsteller auf oder gehen ab. Hilde Keßler zum Beispiel kommt stets durch eine Katzenklappe.

Herausragend in seiner Darstellung ist Frank Metzger als Gerhard Fließ. Die Rolle ist ironisch angelegt, doch die Gefahr der Denunziation dieser Figur liegt nahe. Metzger schafft es nicht nur, der Falle zu entgehen, er spielt überzeugend und differenziert einen intellektuellen Stadtlüchter, der schließlich aus Schwäche und mangelnder Selbstkontrolle zum Berserker wird. Ebenfalls zu nennen ist Karin Hartmann als Gombrowskis Frau Elena, die in der nur mäßig dankbaren Rolle unaufgeregt, aber intensiv das Scheitern dieser Frau erlebbar macht. Auch Angelika Hofstetter als Linda Franzen zu sehen, ist eine Freude, beeindruckend vor allem die ausdrucksstarke Körpersprache der clever-burschikosen Macherin. Überhaupt kann man dem gesamten Ensemble neben Spiellust durchweg qualitativ hohe Leistung bescheinigen, die wohltuend jeden Provinzmuff vermissen läßt.

Wer eine Vorstellung besucht, sollte sich nicht das ausgezeichnete und witzige Programmheft entgehen lassen.

Gertrud Röder

Die nächsten Vorstellungen sind am Freitag, dem 27. September 2019, 19.30 Uhr, im Schauspielhaus Neubrandenburg (mit anschließendem Publikumsgespräch); am Sonntag, dem 20. Oktober 2019, 16.00 Uhr, im Landestheater Neustrelitz; am Sonnabend, dem 26. Oktober 2019, 19.30 Uhr, im Schauspielhaus Neubrandenburg (mit anschließendem Publikumsgespräch); am Freitag, dem 15. November 2019, 19.30 Uhr, im Schauspielhaus Neubrandenburg

### Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben

Hans Günter Willi Bünger, Günter Radtke am 1. Oktober, Karl Wruck am 2. Oktober, Claus E. Bärsch, Elli Decker, Manfred Spuhn am 5. Oktober, Horst Burmeister am 11. Oktober, Günter Antrack am 14. Oktober, Walter Böttcher am 16. Oktober, Maria Behr, Gudrun Schramm am 19. Oktober, Gerhard Halko am 20. Oktober, Manfred Baumhäckel, Erwin Nigrin am



### Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:  
(030) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr  
Freitag 8.00–14.00 Uhr

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin  
Mo–Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53  
E-Mail [kegel@uokg.de](mailto:kegel@uokg.de)

Carola Schulze, soziale Beratung  
Mo–Fr, 14–16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52  
E-Mail [schulze@uokg.de](mailto:schulze@uokg.de)

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)  
Mo–Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54  
E-Mail [behr@uokg.de](mailto:behr@uokg.de)

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Tel. (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail [bsv-beratung@gmx.de](mailto:bsv-beratung@gmx.de)

Elke Weise, Juristin  
Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

21. Oktober, Dieter Zander am 25. Oktober, Gerd Bötge, Wolfgang Klosa am 26. Oktober, Peter Seele am 27. Oktober

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

### Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Joachim Bauer, Uwe Behne, Barbara Berger, Gerold von Busse, Hans-Christoph Flade, Alexander Grow, Regina Herrmann, Konrad Hill, Hans-Joachim Hiller, Siegfried Jentsch, Peter Kämpfe, Manfred Kröger, Klaus Krüger, Anita Lehmann, Wolfgang Lehmann, Erich Lienhart, Johannes Lindner, Angelika u. Ulrich Madedicke, Werner Mieth, Alfred Müller, Dr. Kurt Oesterle, Manuela Polaszczyk, Hermann Schicketanz, Johannes Schlese, Rainer Schmiedel, Siegbert Schmolke, Günter Sickora, Rolf Staudte, Horst-Hermann u. Verena Süßmilch, Ramona Wendt, Reinhard Wolff, Dr. Karl-Adolf Zech

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48  
Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

Der Versuch, den Himmel zu errichten, erzeugt stets die Hölle.

Karl Popper

### Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr  
**BSV-Förderverein für Beratungen**  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 00  
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC DEUT DE DB110

### Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski  
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC DEUTDE33

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt  
\*13017#000#0412\*

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

**BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG**  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 5. September 2019

